

Er scheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 1,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 2,20 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Belegungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6622.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt 1, Nr. 4186.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 13. April 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

### Ein belgischer Antisemit.

Als der Hosprediger Stöcker die im Bürgerthum vielfach herrschende Antipathie gegen die Juden zu seiner Hege gegen staatlichen und kirchlichen Freisinn zu benutzen begann, hoffte er mit christlicher Orthodoxie zu festigen und den von ihm geschürten Haß gegen die Juden zum Bollwerk der christlichen Kirche zu erheben. Bei den Arbeitern, trotzdem sie den Kampf gegen die Ausbeuter in jeder Gestalt führen, hatte er mit seiner Hege kein Glück; sie führen den Kampf gegen die Ausbeutung, und es ist ihnen gleich, ob der Ausbeuter Jude oder Christ, ob er Stumm oder Zügel heißt, ob er Deutscher oder Franzose ist. Mehr Erfolg hatte Stöcker im Kleinbürgerthum, das mehr und mehr durch das Großkapital in die Enge getrieben wurde und in dem Juden den nächsten ihm im Konkurrenzkampf überlegenen Feind erblickte. Dem Stöcker'schen Judenhaß lagen die Gründe des Kleinbürgerthums fern, er adoptierte sie nur insofern, als sie ihm Dienste leisteten in der Bekämpfung freierer, humanistischer Weltanschauung. Der Liberalismus, der in der Bismarck-Ära seine Umwandlung in eine machtanbetende gesinnungslose, die reinen Bourgeois-Interessen vertretende Partei vollzogen hatte, kam hierbei der Stöcker'schen Agitation trefflich zu Hilfe durch die eigene Preisgebung seiner früher so revolutionären Weltanschauung. Als Stöcker seine Agitation begann, glaubte er, die Macht der christlichen Orthodoxie zu kräftigen, er hat aber dabei zugleich mit dem Judenhaß einen Keil in die christliche Kirche selbst getrieben. Schon die Bezeichnung der Bewegung, als einer antisemitischen, bezeugt, daß sie nicht eine konfessionelle, sondern eine auf nationalem oder Rassenhaß begründete sei. Die Race wird durch die Taufe nicht geändert; der Jude wird durch dieselbe Christ, aber er bleibt Semit. Mit diesem Haß gegen die Juden, nicht etwa wegen ihres Glaubens oder als solcher, die das Evangelium verworfen haben, verträgt sich nicht die Lehre der christlichen Kirche, die die jüdischen Erzwäter als von Gott auserwählt, und aus ihren Nachkommen den Messias, den Christus, geboren sein läßt. Es haben sich denn auch Antisemiten gefunden, die gegen das Christenthum selbst als eine Judenreligion ankämpfen oder den Stifter des Christenthums selbst, trotz aller Prophezeiungen, welche den Sohn Davids als Messias ankündigen, zu einem Arier machen wollen, womit eben wieder die Lehre der christlichen Kirche den Gnadenstoß erhält.

Vor uns liegt eine Schrift von Edmond Picard, Advokat am belgischen Kassationshofe: „Synthese des Antisemitismus“, in welcher der Antisemitismus als Rassenkampf gepredigt wird. Die Race erscheint ihm als etwas

\*) Edmond Picard, avocat à la cour de cassation de Belgique: Synthèse de l'Antisemitisme. Bruxelles, Ve. Ferd. Larcier, Paris, Albert Savine 1892.

### Feuilleton.

Verboten.

188

### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

„Ich weiß nichts davon und bin nicht helfend genug, um diese wichtige Frage mit etwas Anderem als den Sprüchen der Religion zu beantworten. Aber ich sehe, daß sich der Stier trotz seines freudlosen Daseins dem schweren Joche fügt, daß viel unglücklichere Menschen, und solche, die des Lebens Bürde schwer drückt, in Alter und Krankheit ruhig ausharren und fortfahren, nach Möglichkeit ihre Pflichten auf Erden zu erfüllen. Warum sollte ich eine Ausnahme machen von den vielen Geschöpfen rings um mich herum? Warum sollte ich meine Pflichten nicht erfüllen, da ich sehe, daß die Erfüllung derselben vielen Menschen Gutes thut? Ich weiß nicht, ob es eine Aufrechterhaltung von den Todten giebt, aber das fühle ich, daß ich ausharren muß, zu leben und zu wirken, bis mein Leben selbst erlischt.“

„Ja, Sie wirken Gutes und Sie fühlen es; das hält Sie aufrecht; aber ich, ich kann nichts wirken, mir fehlt der Wille, die Kraft, die Freudigkeit der That. Der Tod wird wenig in mir zu tödten übrig finden.“

„Sie sind müthlos, Sie müssen sich aufraffen.“

„Aufraffen? Das sagen Sie einem Schwimmer im weiten O-

nur mit den Trägern derselben zu vernichtendes; zwei Rassen können sich nicht verbinden oder vermischen, ohne daß die bessere und tüchtigere entartet. Wo zwei Rassen miteinander in Berührung kommen, muß die eine, wenn sie selbst intakt bleiben will, die andere vernichten, wie es das Schicksal der Indianer in Nordamerika war, oder sie entartet, wie die Spanier in Südamerika. Der Antagonismus zwischen der semitischen und arischen (indogermanischen) Race, oder nach der Bibel zwischen den Kindern Sem's und den Kindern Japhet's sei unüberbrückbar. Davon lege die ganze Weltgeschichte Zeugnis ab. Die großen Perserkriege, die der Verfasser durchweg medische nennt, wahrscheinlich weil ihm die Eigenschaft der Perser als Arier zu un bequem ist, sind nur ein Kampf zwischen den asiatischen Semiten und den europäischen Ariern. Der Niedergang der Griechen ist ihm nur die Folge ihrer Vermischung mit semitischen Elementen. Die Kämpfe Roms mit Karthago, die Eroberungszüge der Araber, die Kreuzzüge, die Türkenkämpfe sind nur derselbe Rassenkampf. Der semitischen Race fehlen alle höheren Intellekte, jede ideellere humanistische Moral; weder Kunst noch Wissenschaft haben eine Förderung von ihr zu erwarten. Wenn man von einer Blüthe der Kunst und Wissenschaften bei arabischen Völkern spricht, so haben sie solche nur, insofern sie sich die ihnen unterworfenen Arier dienstbar gemacht. So wie diese erschöpft sind, tritt auch die Stagnation ein. Wenn man behauptet, daß Spanien durch die Vertreibung der Millionen Mauren und Juden verödet sei, so meint er, Spanien würde auch so das zurückgebliebenste Land Europa's sein, und zwar infolge des Stammverfalls durch semitische Vermischung. Jahrbunderte lang sei es von Karthago und dann von den Mauren beherrscht. Selbst die Scheiterhaufen, welche die Großinkuisitoren in Spanien errichteten, seien die Folge semitischer Vererbung; in den Großinkuisitoren sei die Neigung zu semitischen Molochsopfern wieder lebendig geworden. Die semitische Vermischung habe Spanien, wie Süditalien, Griechenland und die Türkei zur Stagnation gebracht.

Um Jesus zu retten, macht er ihn zum Arier; er ist in Galiläa geboren, wo ein Gemisch aller Nationalitäten wohnte. Die Stöcker und Genossen werden es dem Verfasser wenig Dank wissen, daß er, um Jesus für den Stammkampf zu verwenden, die christliche Legende zerstückelt. Wo dem Verfasser historische Thatsachen im Wege stehen, hat er ein einfaches Mittel, sie zu beseitigen. Da es anerkannt hervorragende Geister unter den Juden gegeben, so stellt er die Behauptung hin, daß man nicht wissen könne, ob sie nicht eine arische Vermischung haben; wer weiß selbst, ob Marx und Lassalle reine Semiten seien. Ebenso verfährt er auch umgekehrt; wo er bei Ariern semitische Fehler findet, da läßt er es dahingestellt sein, ob sie nicht doch jüdisches oder semitisches Blut haben. Ist das auch Tollheit, so ist doch Methode darin.

Dank seiner Race ist das Judenthum eine Gefahr für ganz Europa. Die Juden kennen nur einen Haupttrieb,

ein Stück über den Bogen zu erheben. Aber kein Fesseltarif, kein Baumzweig, keine freundschaftliche Hand findet sich, die seiner suchenden Hand eine Stütze böte; von dem Gewichte seines eigenen Körpers niederbezogen, sinkt er in das feuchte Grab zurück, und die Wogen schlagen über seinem Haupte zusammen.“

„Sie sind in der That, ich fühle es, ein recht unglücklicher Mensch.“

„Ja, recht unglücklich; Sie glauben gar nicht, wie wahr Sie sprechen. Eins nur hätte mich retten können, der Besitz eines geliebten Wesens, daran scheitert mein Leben.“

„Sie geben zu früh die Hoffnung auf.“

„Nein, nein, das wäre Täuschung. Verzeihen Sie mir, wenn ich auf etwas zurückkomme, was ich eigentlich in Ihrer Gegenwart nicht erwähnen dürfte. Aber es erleichtert mir das schwer bekommenen Herz.“

Der junge Mann hielt einen Augenblick zweifelnd oder fragend inne, doch da das Mädchen ruhig und schweigend fortschritt, so begann er von Neuem:

„Sie, Fräulein Baxth, waren das Wesen, welches mich hätte retten können, wenn es gewollt oder gekonnt hätte. Von Ihrer hohen Seele erquickt und gestärkt, hätte ich das Leben lieben gelernt und Alles, was Sie selbst lieben. Sie wissen es selbst, was das sagen will, Sie fühlen es besser, als ich es Ihnen sagen könnte. Die Reichthümer, welche mein Vater für mich aufgehäuft und die mir gleichgültig sind, weil sie wie das einzige Glück nicht kaufen können, welches für mich von Wert, welche Fülle von Freuden hätten sie mir schaffen können, wenn ich sie verwenden konnte, um alle Ihre Sorgen zu verdrängen, alle Ihre Wünsche zu erfüllen. Ihre schönsten Pläne zur Beseitigung von Noth

den sich zu bereichern. In einer Zeit, wo das Geld Alles giebt, müssen diejenigen, welche alle ihre Fähigkeiten ausschließlich auf den Gelderwerb richten, die Herrschaft erlangen. Hier liegt nun die Frage nahe, und der Verfasser streift sie auch, daß denn doch der Kampf gegen den Kapitalismus überhaupt geführt werden müsse. Wird die Möglichkeit der parasitischen Ausbeutung der Arbeit beseitigt, dann wird ja auch dem Juden, dem Semiten die einzige Fähigkeit, in der er den Arien überlegen sein soll, entzogen, und da er im Uebrigen eine diesen in allen Vorzügen untergeordnete Race bildet, fielen die Möglichkeiten seiner Herrschaft fort. Ueber diese Frage setzt sich Herr Picard schnell weg; er meint, die Judengefahr sei die dringendere, weil sie die Unterwerfung der arischen Race unter eine fremde und feindselige bedeute. Das ist aber gerade das, was der großen Masse der Ausgebeuteten das Gleichgültigste ist! für sie bilden die Ausbeuter insgesamt eine besondere Klasse, eine besondere Nation, eine besondere Race, und die Kämpfe, in welchen diese unter einander rivalisiren, lassen sie kalt. So wie die Proletarier aller Länder sich eins fühlen, hat bei ihnen weder chauvinistische noch konfessionelle, noch rassenfeindliche Verhehung Platz.

Wie sucht nun Herr Picard ein Heilmittel gegen die jüdische Gefahr? Der humanistische Geist der Arier läßt es leider nicht zu, mit den Juden zu verfahren, wie Philipp II. von Spanien. Die Taufe hilft auch nichts; Semit bleibt Semit, und wenn alle Juden Christen würden, wäre die Gefahr der Degeneration der arischen Race durch die semitische nur noch größer. Abgesehen davon kann ein Jude, ein Semit, gar kein weltlicher Christ werden. Er ist, wie alle Semiten strenger Monothest, und seine Seele kann sich nie einer Religion anpassen, deren symbolische Ausdrücke der Gottheit so vielgestaltig seien. In der semitischen Seele fehlt jede Empfänglichkeit für den Glauben an die heilige Dreieinigkeit. Als Heilmittel empfiehlt Picard strenge Vorsorgegesetze, Fernhaltung der Juden von Aemtern und vor allen Dingen strenge gesellschaftliche Absonderung von den Juden, wie sie der Amerikaner gegenüber dem Farbigen übte.

Der belgische Antisemit, sieht man, verfährt gründlich; die spießbürgerliche Kleinräumlichkeit der deutschen Antisemiten fehlt ihm, dafür hat er aber auch keine Schen, der Staats- und Kirchenautorität entgegenzutreten. Der Antisemitismus ist nur eine kleine Episode in dem Kampfe gegen den Kapitalismus, und er wird verschwinden vor dem sozialistischen Geiste, der die Ausbeutung in jeder Form bekämpft, und der die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform vernichten wird. Eine Frucht aber dürfte aus dem Antisemitismus heranzehren, die der deutsche Träger desselben, der orthodoxe Hosprediger Stöcker und dessen Anhänger am wenigsten erwartet und noch weniger gewünscht haben, nämlich der Kampf gegen den semitischen Geist und die semitische Weltanschauung, wie sie den offiziellen christlichen Kirchen und dem Unterricht der Konfessionsschulen zu Grunde liegen.

und Elend unter den Menschen, zur Bannung von Thränen und Schmerzen, wie leicht wäre es mir geworden, sie der Verwirklichung nahe zu bringen! Und wenn ich den letzten Thaler hätte opfern sollen, ich hätte ihn mit Freuden geopfert, weil mir dadurch ein neues Glück erwachsen wäre, für Sie arbeiten zu müssen. Und ich würde arbeiten können, die Kraft hätte ich, wenn ich nur wüßte. Jetzt muß ich nicht, jetzt soll ich nicht ich brauche es nicht, da mein Vater so viele Hunderte für mich arbeiten läßt. Sie glauben vielleicht, daß ich zu kalthertzig sei, um mich in Ihre Pläne einleben zu können? Glauben Sie das nicht, denn man lebt sich in Alles ein, was man liebt und bewundert. Aber das Schicksal ist rauh und unerbittlich, es läßt mich lieben, wo ich nicht wieder geliebt werde, und läßt Sie lieben gleichfalls ohne Glück.“

„Verühren Sie diesen Gegenstand nicht, Herr Findeisen,“ rief das Mädchen ernst.

„Verzeihen Sie mir, es geschah ohne Bedacht.“

Ein ernstes Schweigen trat von diesem Augenblick ein. Der Weg um die Promenade war beendet, sie bogen in die Blumenstraße ein, in welcher Eifens Wohnung lag.

An der Hausthür angelangt, wendete sich das Mädchen zu ihrem Begleiter und sagte:

„Ich bin nicht heutzutage, Herr Findeisen, wie Sie vielleicht aus meinem Benehmen schließen möchten, und ich habe Sie bedauert von dem Augenblicke an, da ich die Ueberzeugung gewinnen mußte, daß Ihre Liebe zu mir tiefere Wurzeln geschlagen, als ich im Anfang vermuthen konnte. Ich habe Sie deshalb auch sprechen lassen, was Sie zur Erleichterung Ihres Herzens sprechen mußten. Und wenn es Ihnen Trost und Beruhigung gewähren kann, sich von mir nicht



# Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. April.

**Die neue Militärvorlage.** Es unterliegt keinem Zweifel, daß unerhörte Neuforderungen des Militärvertrags für die nächste Session zu erwarten sind. Im Jahre 1871 wurde die Friedenspräsenzstärke auf 401 659 Mann festgesetzt; die laufenden Ausgaben betrugen 1872 für das Heer 250 Millionen Mark. 1880 wurde die Friedenspräsenzstärke auf 427 274 Mann erhöht und außerdem die Übungspflicht der Ersatzreserve erster Klasse (jährlich 16—20 000 M.) eingeführt; die laufenden Ausgaben für das Heer betrugen 1880/81 schon 328 Millionen. Im Jahre 1887 erfolgte eine abermalige Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 41 145 Mann, also auf 468 419 Mann; der Etat von 1887/88 wies an laufenden Militärausgaben 359 Millionen Mark auf. Im Jahre 1888 wurde dann noch die Kriegsdienstpflicht erheblich verlängert, 1888/89 die Feldartillerie um 3000 Mann verstärkt. Im Jahre 1890 wurde die Friedenspräsenzstärke abermals um 18 574 Mann, also auf 486 993 Mann erhöht, und bei dieser Gelegenheit das enthält, was uns nun nächstens beglücken soll. Neben der ständigen Vermehrung der Ausgaben für das Heer läuft ein steter Anstieg in der Verstärkung der Marine. Für Heer und Marine sind seit 1872, den Etat für 1892/93 mitgerechnet, an einmaligen Ausgaben etwa 2630 Millionen Mark, an laufenden und einmaligen Ausgaben 11 050 Millionen Mark verausgabt worden. 1872 wurden für die gesamte Kriegsverwaltung (Heer und Marine) 309 Millionen an laufenden Ausgaben verbraucht; der Etat für 1892/93 hat dafür über 530 Millionen. Trotz dieser Last, die uns zu Boden drückt, heißt der Militarismus mehr und immer mehr, und die bürgerlichen Parteien des Reichstages werden Ja und Amen dazu sagen. —

**Indirekte Steuern.** Wie das Geld für das herrliche Kriegsheer beschaffen? Durch Steigerung der indirekten Steuerlast. Branntwein und Bier, nothwendige Massen-Verbrauchsartikel sollen, wie man hört, „bluten“. So werden — dies ist das „Patrimonium der Enterbten“ in der Praxis — die nothwendigen Lebensmittel-Bedürfnisse durch höhere Auflagen verteuert, Alles im Interesse des Militarismus. Die Erbitterung der Massen ist die Folge, ihr Zug zu Sozialdemokratie die logische Konsequenz. —

**Militärrenten im Kommunaldienst.** Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hört, wird die Frage der Pensionierung der im Kommunaldienst angestellten Militärrenten demnächst durch Gesetz geregelt werden. Sie schreibt: „Es kann zur Zeit kein Zweifel darüber bestehen, daß jeder Kommunalverband nur verpflichtet ist, bei Pensionierung von Beamten diejenige Zeit in Anrechnung zu bringen, die in diesem Kommunalverbande geleistet worden ist, daß ihm also eine Verpflichtung zur Anrechnung der Militärdienstzeit nicht obliegt. Bei den augenblicklich über eine Aenderung des Militärpensionsgesetzes stattfindenden kommissarischen Verhandlungen bildet diese Frage einen der wichtigsten und schwierigsten Punkte. Eine Einigung konnte bisher nicht erzielt werden, ob die Pension, welche auf die anzurechnende Zeit fällt, auf das Reich übernommen werden soll, oder ob im Wege der Reichsgesetzgebung die Kommunalverbände der einzelnen Bundesstaaten verpflichtet werden sollen, den der Anrechnung entsprechenden Mehrbetrag aus ihren Mitteln zu zahlen. Es darf angenommen werden, daß für die nächste Reichstags-Session ein Gesetzentwurf fertig gestellt wird, welcher in der einen oder anderen Richtung diese Frage zum Austrag zu bringen bestimmt ist.“ Die Steuerzahler sollen zu Gunsten des Militarismus neu belastet werden, das ist auch hier des Pudels Kern. —

**Preussische Staatsschulden.** Nach dem Berichte der Staatsschulden-Kommission beliefen sich die preussischen Staatsschulden am 31. März 1891 auf 5 692 918 793 M. 7 Pf. Nicht inbegriffen darin sind die Rentenschulden und diejenigen Prioritätsschulden verstaatlichter Bahnen, welche sich noch auf dem Eisenbahnetat befinden. —

**Preussische Einkommensteuer.** In dem Stammsitz des Kanonenkönigs Krupp, in Essen, hat die Selbststeinschätzung ein bedeutendes Mehr ergeben, denn, während im Vorjahre

die Staatssteuer 678 063 M. betrug, beziffert sich der Ertrag für 1892/93 auf 1 060 523 M., also ein Mehr von 381 860 M. Der Kommunalsteuer-Zuschlag sinkt infolge dessen von 320 pCt. auf 175 pCt. —

**Kosäth Landwardt und Genossen.** Die Zögerlichkeit des preussischen Landwirtschaftsministers in Sachen der religiösen Bauern, die, falls nicht schleunigst eingegriffen wird, von dem hochedlen Junker, dem sie in bürgerlicher Würdigkeit verstrickt sind — 1892! — werden geleget werden, ist von uns bereits charakteristisch worden. Erst sollten die zuständigen Behörden, die Generalkommission in Frankfurt a. O. und das Ober-Landeskultur-Gericht in Berlin über die simpelste aller Fragen gehört werden. Jetzt veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 173 vom 12. April) einen offiziellen Artikel, in dem es heißt: „Er scheint... die Einholung von gutachtlichen Aeußerungen seitens der Generalkommission in Frankfurt an der Oder und des Ober-Landeskultur-Gerichts durchaus angezeigt, so steht nicht zu bezweifeln, daß nach Eingang dieser Gutachten die Angelegenheit der Perenten im Landtage, dem allerseits befundeten Wohlwollen entsprechend, ihrer Erledigung zugeführt werden dürfte.“ Aber am 1. Juli sollen die Kosäthen, deren Familien Jahrhunderte lang im Schweiße ihres Angesichts die Bauernstellen bearbeitet haben, vom dem edlen Feudalherren in's Elend gefagt werden. Den weißen Stab in der Hand mögen sie weitehen gehen! Wenn Regierung und Landtag nicht dafür sorgen, daß rechtzeitig dieser Plan vereitelt wird, machen sie sich zu Mitschuldigen der Junker. Die Familie von Platen auf Ostitz hat Testamentsrechte. Will die Vertreterin der Sozialreform von Oben das Unrecht verweigern, das im Jahre 1848 die Regierung zu Straflund begangen hat, indem sie damals in sträflichem Irrthum erklärte, daß es „neben bürgerlichen Eigentümern und Erbpächtern nur noch reine Zeitpächter in Neuvorpommern und Rügen gebe, das gütsherrlich-bäuerliche Verhältnis dagegen völlig fehle, und daher ein Regulirungsgesetz (zur Aufhebung der Hörigkeit) hier gegenstandslos sein würde“? Und 1860 gab es in Rügen noch zwei regulirungsfähige Stellen auf Müritzwig, drei auf Ummanz, einundzwanzig im Kreise Franzburg! Das Gesetz vom 2. März 1860, dessen dritter Abschnitt die gütsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse regelt, wurde ausdrücklich auf Neuvorpommern und Rügen nicht ausgedehnt. Gilt thut noch! — Beiläufig ist Herr Eugen Richter, der sonst so Spürsinnige und Scharfbewandte, mit leichtbegreiflichem Stillschweigen über unsere kleine geschichtliche Erinnerung hinweggegangen, daß ein Sozialdemokrat den Stein ins Rollen gebracht, die Aufmerksamkeit der Herren Reich u. s. w. zuerst auf die Angelegenheit gelenkt hat. Ja wenn man nicht schelten kann. —

**Nur zahm.** Aus Bochum wird gemeldet: Hier zirkulirt eine Petition des neuen, von den Ultramontanen gestifteten, an Zahl geringen und gänzlich einflußlosen Bergarbeiter-Verbandes an das Abgeordnetenhause, worin gebeten wird, die Anträge des Zentrums zu der Berggesetz-Novelle anzunehmen, oder unter Verwerfung der Kommissionsbeschlüsse die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Bescheidenheit ist eine Tugend. —

**Zur Bergwerks-Novelle.** In einer am 9. April in Dortmund abgehaltenen Bergarbeiter-Versammlung wurde festgestellt, daß der Felsen-Abgeordnete Schmieding recht munter mit den Thatsachen Fangball gespielt hat. So ergab sich, betreffs des schmählichen Wagenmüllens, einer Quelle des Gewinns für die Gruben, der Schädigung für die Bergleute, daß die genullten Wagen nicht, wie der Grubenritter Schmieding angab, ein Prozent der Förderung, sondern weit mehr betragen. Auf den beiden Schächten der Bergwerks-Germania z. B. sind vom 1. Juli 1888 bis 1. Juli 1889 nicht weniger als 29 000 Wagen genullt worden. Der genullte mit Kohlen beladene Wagen wird den Grubenleuten nicht angerechnet, obwohl die Kohlen durchgängig verwendet und verkauft werden. —

**Vom politischen Heimgang des Herrn von Hell-dorff.** Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ (Nr. 102 vom 11. April) kennzeichnet in einem bemerkenswerthen Aufsatz: „Herr von Hell-dorff und die konservative Partei“ die Sachlage folgendermaßen: „Man erinert sich einer

Serie von Artikeln, in welchen die „Kreuz-Zeitung“ im Oktober 1889 das Kartell als nicht mehr vorhanden bezeichnete. Damals erklärte der „Reichs-Anzeiger“ das Kartell für eine Grundlage der Reichspolitik — es waren die Gegenseite Hammerstein und Hell-dorff, die aus jenen beiden Organen gegen einander kämpften. Wir wollen hier nicht ausführlich, weshalb das Kartell nun doch auseinanderfiel und so die Vorherfassung der „Kreuz-Zeitung“ eintraf, wichtig ist für unsere Zwecke nur, daß Herr von Hell-dorff auch später die Idee der Kartellpolitik aufrechtzuerhalten bemüht war; aber die neue Wendung unserer inneren Politik seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck entzog diesen Bemühungen den Nährboden, sie mußten unsicherbar bleiben. Inzwischen steigerte sich der Gegensatz zwischen Herrn v. Hell-dorff und den Konservativen, die sich je länger je mehr der Richtung der „Kreuz-Zeitung“ näherten, noch durch seine Stellung zur Frage der Landgemeinde-Ordnung wie im Kampf um die Handelsverträge. Sein Einfluß in der Partei sank, und als er nun gar im konservativen Wochenblatt den geschiedenen Minister Grafen Jolly, in dem die Partei ihren Märtyrer sah, nachdrücklich angriff, hatte er ausgespielt. Man kann wohl sagen, daß die Partei ihn moralisch gelugnet hat, denn die Exklusion, die bis auf eine Stimme, welche sich des Votums enthielt, völlig einmütig erfolgte, dürfte in der parlamentarischen Praxis Deutschlands einzigartig dastehen. Auch die Herren von Lesehorn, von Mantuffel und, was besonders charakteristisch ist, Graf Eulenburg, der Vetter des Ministerpräsidenten, stimmten dafür. So läßt sich als Resultat wohl der Schluss ziehen, daß die zurückgebliebene konservative Partei gewillt ist, die gouvernementale Färbung abzustreifen, welche ihr durch Herrn von Hell-dorff gegeben war; sie will sich auf einen Boden stellen, der es ihr möglich macht, auch ihrerseits jene größere Selbstständigkeit zu betätigen, die seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck sich bei allen Parteien mit innerer Nothwendigkeit herausgebildet.“ Bei „allen Parteien“, will sagen allen bürgerlichen Parteien. Im Uebrigen ist die Charakteristik der Ereignisse durchaus zutreffend, Herr von Hell-dorff ist gerichtet. Und keine Stimme von oben wird tröstend rufen: „Gerettet!“ —

**Ein ertappter Lügner.** Das „Leipziger Tageblatt“ hatte neulich behauptet — und auch wir nagelten die Lüge fest —, daß die Mehrheit der sächsischen Bevölkerung hinter der reaktionären Mehrheit des sächsischen Ritters-Landtags stehe. Auf brennender That ertappt, sucht das „Tageblatt“ sich jetzt damit herauszureden, daß es die Mehrheit des für den Landtag wahlberechtigten Volks gemeint habe. Das hat es jedoch nicht gesagt, und es kann dies auch nicht gemeint haben, denn die Bemerkung hätte dann keinen Sinn gehabt. Wenn die Mehrheit der Landtagswähler nicht noch reaktionär oder gleichgültig wäre, würde der Landtag keine reaktionäre Mehrheit haben. Allein die Landtagswähler sind bloß etwas mehr als ein Drittel der männlichen Bevölkerung über 25 Jahren, und die Mehrheit dieser Gesamtbevölkerung mißbilligt das reaktionäre Treiben der Landtagsmehrheit, die übrigens auch ihren Höhepunkt bereits überschritten hat und im Rückgang begriffen ist. Das „Leipziger Tageblatt“ hat auf seine erste Lüge noch eine zweite gesetzt — wie das Brauch der ertappten Lügner.

**Programmwidriges Anarchisteln.** Die Praxis der Herren Ravachol und Genossen hat eine aufstrebende Kraft, und in allen Ecken und Enden wird jetzt Dynamit gestohlen — auch an Orten, wohin unseres Wissens anarchistische Hochspiegel und lockspiegelnde Anarchisten niemals hingekommen sind. Es ist das die bekannte aufstrebende Kraft des Verbrechens. Wir sind überzeugt, daß die intellektuellen Urheber der Ravacholiade nicht über Alles erbaut sind, was jetzt in panoto der Dynamitsteleterie geschieht und vielleicht demnächst als panoto der Dynamitkallerei geschehen wird. Indes als Fürst Bismarck u. Komp. den Fraktifizirungs-Spektakel mit dem Hödel'schen Attentat machten, dachten sie auch sicherlich nicht daran, daß die tendenziöse Aufspaltung des Stöckergeistes Hödel den verrückten nationalliberalen Heißsporn Kobilung erwecken und ihn zur Abspeurung seiner Säckschlinge veranlassen würde. —

**Magyarische Schuldigkeit.** Ungarn, wo die Anechtung des Landvolks nur mit den Zuständen in der Wallachei sich vergleichen läßt, Ungarn, wo die Großindustrie durch Staatsunterstützungen künstlich gezüchtet wird, Ungarn, wo

zurückgestoßen zu sehen, wenn Sie, soweit es die allgemeine Sittlichkeit gestattet, in meiner Gesellschaft eine Erleichterung Ihres Gemüthszustandes finden, so will ich Ihren Annäherungen nicht entgegen sein. Dafür erwarte ich von Ihnen, daß Sie Alles aufbieten, um nach und nach zu einer größeren Ruhe und Festigkeit zu gelangen. Es ist dies die Bedingung, die ich Ihnen hierbei nicht erlassen kann. Und dann nehmen Sie von mir den Rath, zwingen Sie sich zur Theilnahme an den mannigfaltigen Bestrebungen unserer Tage. Dieselben mögen Ihnen im Anfang gleichgültig, unbedeutend, leer erscheinen. Sie werden bald genug finden, daß Ihr Leben durch sie mehr Inhalt bekommt. Suchen Sie, ich kann es Ihnen nicht genug rathen, die Bekanntschaft unseres Freundes, Dr. Lange, näher, als es bis jetzt geschieht, Sie werden mir für manche erhabende Stunde Ihres Lebens Dank sagen. Und nun leben Sie für heute wohl und beherzigen Sie meine Worte.“

„Himmliches Wesen,“ rief der junge Mann, als er, von dem Gehörten noch ganz betäubt, sich plötzlich allein sah. „Sie leidet, und gewiß schwerer, als wir es ahnen, und doch findet sie für sich Ruhe und Frieden, Klarheit und Milde genug, um die Wirkungen dieser holden Gezeiten Anderen spenden zu können. O, ich begreife zu ahnen, was der Grund zu dieser seltenen Erscheinung: der Dämon des Egoismus hat niemals Macht über sie bekommen, sie lebt und fühlt für Andere, das hält sie aufrecht im Leben und Leiden. Ja, ich werde Dir folgen, will an Dir lernen, will durch Dich ein wahrer Mensch werden. Ach, wüßte ich in diesem Augenblick eine That, die Dir gefallen würde, ich würde sie thun, ohne daß Du es wüßtest, nur um in meinen eigenen Augen Dir etwas näher gerückt zu erscheinen.“

Die Schritte zweier Personen hinter ihm veranlaßten ihn, sich in den Schatten der Hausthür zu treten. „Weine nicht, Gretel,“ sprach eine tiefe Stimme mit dem sanftesten Tone, dessen sie fähig schien, „es ist nicht anders, wir dürfen nicht immer nur an uns selber denken. Soll ich schwächeren Leuten, die dieser Blutsauger, der Findeisen, brotlos gemacht, die menige Arbeit wegnehmen, die in der Stadt zu finden oder soll ich noch länger vom

Schweiße unserer braven Kameraden leben? Es ist hart, daß ich, nachdem ich sechs Jahre lang mit solchen Häuten an einem Orte gearbeitet, meine Liebste nicht herathen kann und fremd werden soll; aber Du siehst, es geht nicht anders, also schied' Dich davon.“

„Ach, Du gehst fort, Heinrich, und ich werde Dich niemals wiedersehen, Du wirst in der Fremde verkümmern und ich hier, wie es so Vielen schon gegangen,“ schluchzte die Begleiterin des staltlichen Mannes, an dessen Arme sie hing.“

„Wenn es eine Gerechtigkeit im Himmel oder auf Erden giebt,“ erwiderte der Mann, „so sehen wir uns wieder. Sobald ich Arbeit gefunden, schreibe ich Dir, und was ich mir am Munde absparen kann, das schick' ich Dir. Das ist das Einzige, was wir zur Stunde thun können. Soll uns aber ein Unglück beschieden sein, dann haben es die zu verantworten, die uns in dieses große Herzleid gebracht.“

„Wer sind Sie, Mann?“ rief mit einem Findeisen, der nach Anhörung der ersten Worte dem Paare nachgefolgt war und das Gespräch belauscht hatte.

„Wer sind Sie selbst, Herr?“ fragte der Angeredete, indem er den Arm seiner Begleiterin losließ und gegen Findeisen Front machte.

„Kennen Sie mich nicht?“ fragte dieser von neuem.

„Nein, Herr,“ war die kurze Antwort.

„Aber ich kenne Sie, Sie sind der Schmied Wiehner aus der Findeisen'schen Fabrik.“

„Der bin ich, und was soll's?“

„Sie haben Herrn Findeisen einen Blutsauger genannt?“

„Das habe ich, und ich weiß auch warum. Aber was gehen Sie meine Worte an?“

„Sehr viel, denn ich bin sein Sohn.“

„Aha; nun, was ich gesagt habe, das habe ich gesagt, und wenn Sie wollen, können Sie es ihm wieder sagen.“

„Dazu fühle ich mich nicht berufen, denn ich wüßte nicht, was das ihm oder Ihnen nützen sollte. Deshalb zu etwas Anderem. Sie wollen die Stadt verlassen?“

„Es bleibt wohl nichts Anderes übrig.“

„Und Sie möchten lieber bleiben?“

„Das ist wohl schwer zu begreifen!“

„Können Sie nicht auf eigene Faust eine Schmelde ertichten?“

„Können? Wovon denn?“

„Von Ihren Erparnissen!“

„Erparnisse? Bei Herrn Findeisen? Fragen Sie den Geldschrank Ihres Vaters, wo meine Erparnisse liegen.“

„Wie viel haben Sie denn bei meinem Vater verdient?“

„Wie viel ich verdient habe, weiß ich nicht, aber mein Lohn betrug fünf Thaler die Woche.“

Und sechs Jahre haben Sie in seiner Fabrik gearbeitet?“

„Sechs volle Jahre.“

„Warten Sie einmal; fünf Thaler pro Woche macht 260 Thaler für's Jahr, macht in sechs Jahren 1560 Thaler. Ein Drittel wird regelmäßig zu wenig gezahlt, macht 520 Thaler, dazu die Zinsen auf fünf Jahre, wollen wir sagen 100 Thaler, macht 620 Thaler. Können Sie mit 620 Thaler eine Schmelde herrichten?“

„Das kann ich allerdings, aber Sie wollen mich wohl hier zum Besten haben?“

„Sehe ich aus wie Einer, der zum Späßen aufgelegt ist?“

„Ich wüßte nicht, was mir das nützen sollte. Ich will bloß nicht, daß Sie mich als den Mann ansehen, der die Früchte Ihres Schweißes verzehret, und werde Ihnen deshalb die 620 Thaler, die Sie redlich verdient haben, morgen in meiner Wohnung auszahlen, da Sie mir gerade in den Weg gelaufen sind. Ich will auch nach Kräften etwas für die Anderen thun, so nach und nach. Aber sprechen Sie nicht davon, sonst kommen mir Alle gelaufen, und Sie müssen bedenken, daß mein Vater die Kasse hat. Also abgemacht, sparen Sie alle überflüssigen Worte, morgen früh wird gezahlt. Oder wollen Sie etwas Schriftliches?“

„Das ist nicht nöthig, ich diene als Zeuge,“ rief in diesem Augenblicke eine Stimme, die Beide überraschte.

(Fortsetzung folgt.)



die Unternehmerschaft die Arbeiter schamlos ausbeutet, Ungarn, wo die infamste Privilegienwirtschaft des Feudaladels besteht, Ungarn bleibt nicht hinter den anderen „Kultur“-Staaten zurück, sobald die Arbeiterbewegung mit Wehr und Waffen, mit Haiducken und Polizisten bekämpft wird. Die ungarische Staatspolizei wird, wie im Vorjahre, die Abhaltung der geplanten Feier des 1. Mai seitens der Arbeiter nicht erlauben und an diesem Tage jeden korporativen Aufzug, jeden mit Abzeichen oder Fahnen verbundenen Aufzug, sowie jede Arbeiterversammlung verhindern. —

**Kavachol und die Anarchisten.** Allerdings eine nicht ganz korrekte Ueberschrift, die wir da gewählt haben. Nicht korrekt, weil unklar. Wer und was Kavachol ist, das wissen wir. Wer und was die Anarchisten sind, das wissen wir aber heute so wenig, wie vor 20 und 25 Jahren, als wir die ersten Entdeckungstreifen in das Nebelheim des Anarchismus unternahmen. Statt Kavachol und die Anarchisten, hätten wir richtiger schreiben sollen, Kavachol und einige der bekanntesten Leute, die sich aus uns unbekanntem Gründen den Titel: Anarchisten beigelegt haben. Zum Beispiel der russische Fürst Krapotkin, der Franzose Elisee Reclus, der Italiener Merlino. Herr von Puttkamer wird uns gewiß zugeben müssen, daß dies Anarchisten sind, an deren Wäschschachtel zu zweifeln Niemand ein Recht hat. Wohlan, alle drei Gemannten sträuben sich mit Händen und Füßen gegen jede Gemeinschaft mit dem großen Kavachol. Sie alle erklären ihn für einen ganz gemeinen Verbrecher und — o Graus! — für einen Polizeispitzel. Wer das Nähere erfahren will, der lese die von vielen Zeitungen veröffentlichten Auszüge aus dem „Revolte“ und dem „Homme libre“. Merlino, dessen sich manche unserer Leser von Paris und Brüssel erinnern werden, protestiert mit ganz besonderer lebhafter Entrüstung gegen die Vermengung mit Kavachol. Er ließ sich in seinem Eifer von einem Redakteur des „Celair“ interviewen und sagte diesem in sichtlichster Aufregung: „Neben Sie mir nicht von Kavachol! Er gehört nicht zu uns. Wir wollen nichts mit ihm zu schaffen haben. Seine Explotionen haben keinen revolutionären Charakter — schon durch seine verbrecherische Persönlichkeit wird seinem Thun jeder revolutionäre Charakter entzogen. Ein solcher Mensch ist unwürdig, der Sache der Menschheit zu dienen. Uebrigens haben wir dieses Individuum schon längst als Schurken erkannt. Schon vor vielen Monaten warnte der „Revolte“ vor ihm.“ Merlino sprach sich dann prinzipiell gegen die Dynamit-Taktik im Frieden aus.

Für uns hat die Thatsache, daß alle nicht im Verdacht der Spitzelerei stehenden Anarchisten den großen Kavachol von sich abschütteln, etwas ungemein Komisches. Erschrecken die Leute doch nur vor den praktischen Konsequenzen ihrer Kraftphrasen, an deren Verwirklichung sie selbst im Ernst niemals gedacht haben. Merlino ist der klassische Typus des phantastischen Mundrevolutionärs. Wie viele Dutzendmal hat er, ferne vom Schuh, uns der „Freiheit“ geziehen, obgleich er seiner Zeit sehr froh war, von „feigen“ Sozialdemokraten unter ziemlich schwierigen Verhältnissen, von langjähriger Sinkerterung gerettet zu werden — wie unzählige Mal hat er uns der „Freiheit“ geziehen, weil wir Hans Rost für einen Hanswurst erklärten und seine, sowie der übrigen „Anarchisten“ Kraftphrasen als kindische Renommistereien betrachteten. Und nun muß er seinerseits sich von dem großen Kavachol als „Freiung“ verachten lassen.

Herr von Puttkamer aber, der seiner Zeit im Reichstag behauptete, daß er die Anarchisten den Sozialisten vorziehe, weil jene wenigstens den Muth der Wahrheit hätten und sagten, was sie dächten — er wird sich nun dem Zeugniß des anarchistischen Dreigestirns Krapotkin, Reclus und Merlino fügen, und seufzend einsehen müssen: die verurtheilten Sozialdemokraten haben Recht — der große Kavachol ist ein Spitzel.

Und wir, wir sind weiter denn je von der Beantwortung der Frage entfernt: Wer und was ist ein Anarchist? Natürlich meinen wir nicht die „zielbewußten“ Anarchisten der Polizei — die wir allerdings sehr genau kennen. —

**Die Einigung der französischen Sozialisten.** Zur Einigung gehört vor Allem die Reinigung. Es war notwendig, aus der sozialistischen Partei, in welche sich zur Zeit der Hochfluth des Boulangismus sehr viele unfaubere Elemente eingeschlichen hatten, — alles Leute von erstaunlich radikalen Phrasen, die keinen Sach auszusprechen, in welchem das Wort Revolution nicht ein halb Duzend Mal vorkam — unnachlässig zu entfernen. So vollzog sich dann schon zur Zeit des Pariser Kongresses der Bruch zwischen den sozialdemokratischen und den boulangistischen Blanquisten, welche letztere nun bis auf die letzten Reste aus der Partei entfernt sind. Der Versuch einiger falschen Brüder, sich in das Komitee des 1. Mai einzuschleichen, ist schmachlich gescheitert. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die dem Pariser „Temps“ entnommene Nachricht, daß Lafargue und Jules Guesde formell ihre Aussöhnung mit den Possibilisten erklärt hätten, und als irrtümlich bezeichnet wird. Einer solchen Erklärung bedurfte es nicht. —

**Französische Kolonialpolitik.** Behanzia von Dahomey, der letzte Negerfürst, der zum Dank für den Jahreslohn von 16 000 Mark, der ihm von der Republik ausbezahlt wird, als Eroberer und Bedränger austritt, wird unseren Nachbarn noch viel Geld kosten. Die Deputirtenkammer hat die Kreditforderung für Dahomey am 11. April mit 314 gegen 177 Stimmen angenommen. Den Steuerzahlern werden zu Gunsten einer Handvoll Marxfeiler Knecht und Großhändler drei Millionen Franken (2 400 000 M.) genommen: und diese Summe ist nur ein erster Betrag. —

**Die belgischen Sozialdemokraten.** Aus Brüssel erhalten wir nachstehendes Telegramm von heutiger Tag: Nach lebhaften Debatten verwarf der sozialistische Verein den Antrag Volders, betreffend Aufstellung einer sozialistischen liberalen Kandidatenliste für die nächsten Kammerwahlen und stimmte dem Antrag Vandervele zu, daß die Partei ihre Aktionsfreiheit wahre und ausschließlich Anhängern des allgemeinen Wahlrechts ihre Stimme gebe.

Wir haben keine Veranlassung, uns in die Angelegenheiten unserer belgischen Genossen zu mischen. Wir wissen, daß in taktischen Fragen Meinungsverschiedenheit unter Genossen herrschen kann. Wir wissen auch, daß in Belgien keiner unserer Genossen die unüberbrückbare Kluft zwischen Liberalismus und Sozialismus nicht kennt oder leugnen möchte; und gerade unser Freund Volders hatte sich bei

Beginn der Revisionskampagne sehr scharf und klar über diesen Punkt ausgesprochen. Er war der letzte, der an einen Kompromiß mit den Liberalen gedacht hat, und er wird der letzte sein, der sich darüber ärgert, daß die belgischen Sozialdemokraten in der Allianz mit den Liberalen ein Quart gefunden haben. Die Liberalen, welche das allgemeine Wahlrecht ehrlich wollen, mögen nach Kräften für dasselbe agitieren. In solchen Fällen ist es das Beste: getrennt marschieren und vereint schlagen. —

**Die spanischen Ordnungshelden.** Unsere Leser wissen, daß die spanische Regierung die Hausknechtrolle in der internationalen Dynamitkomödie spielt. Zur Charakteristik der Zustände sei die Korruption in Spanien nach einem großen nationalliberalen Blatte, den Münchener „Neuesten Nachrichten“ (Nr. 106 vom 12. April), geschildert. Der Madrider Berichterstatter dieses Blattes schreibt:

Es ist bekannt, daß das Beamtenthum in Spanien mit jeder neuen und fallenden Regierung ebenfalls in corpora kommt und geht und es für sein gutes Recht hält, sich während der letzten Jahre für die kommenden mageren Jahre auf Kosten des Staatsfiskus schadlos zu halten. Auch die höchsten Beamten sind von diesem Vorwurfe nicht frei geblieben, und die öffentliche Meinung, welche von Alters her an diese Gebräuche gewöhnt ist, regt sich nicht allzusehr darüber auf. Diese Räuberei wird so wenig als Räuberei angesehen, daß der Ministerpräsident Canovas del Castillo neulich auf die Interpellation einer kleinen Minderheit in den Cortes die für andere Völker unbegreifliche Antwort geben konnte: Die eigenmächtige Verreicherung der spanischen Beamten sei historisch; hiermit sei sie berechtigt; man könne nichts dagegen thun und müsse sich entweder zufrieden geben oder das Land ohne Beamten thum verwalten; das letztere aber sei unmöglich.“ Solche Ansichten erklären nun das neue Vorkommnis auf diesem Gebiete, welches freilich von der Presse, der liberalen Oppositionspartei und der gesammten öffentlichen Meinung mit großer Entrüstung besprochen wird, das somit einen Sphärenwechsel herbeiführen könnte, wenn jene Stimmen nicht wie sonst immer so auch diesmal plötzlich verstummen würden; das Ganze wird auch dieses Mal, ohne bedeutende Folgen nach sich gezogen zu haben, im Sande verlaufen. Die Regierung hat vor Jahren einen Theil der Schulden der Insel Ruvo in ein unverzinsbares Depot konvertirt und als solches in der Bank von Spanien niedergelegt. Das Gesetz bestimmt, daß dieses Depot nur angegriffen werden solle, um dem Staat geleistete Dienste zu belohnen, und daß insbesondere, den Cortes vorgelegte und von ihnen genehmigte Gesetze darüber zu entscheiden hätten, was unter solchen Diensten zu verstehen sei. Nun fehlten von dem Depot plötzlich ein Millionen Franken; es wurde festgestellt, daß fünf Millionen von dem Minister der Kolonien, Romero Robledo, eigenmächtig herausgezogen, und daß sie einer Privatgesellschaft, der Compania Transatlantica gegen eine Verzinsung von 8 pSt. vorgezogen worden seien. Das Schlimmste bei der Angelegenheit ist nun, daß diese Compania Transatlantica seit einiger Zeit in Miskredit steht, daß Herr Romero Robledo als Aktionär an ihr theilhaftig ist, als solcher die Verluste der Gesellschaft bisher mitgetragen mußte und daß die Welt jetzt sagt, er habe durch ein Darlehen von fünf Millionen den eigenen Verlust in Gewinn verwandelt wollen. Der Minister konnte auf die Interpellation des Republikaners Pedregal, der an der Hand der betreffenden Gesetzesparagrafen die Ungeklärtheit der Handlung nachwies, nur antworten, daß er als ehrlicher Mann bekannt sei und ein tobttes Kapital zum Nutzen des Staates in ein zinsbringendes Kapital habe umwandeln wollen. Die Kammer lachte über diese Antwort; Pedregal sagte hinzu, daß wegen einer gleichen Ueberschreitung vor wenigen Tagen ein portugiesischer Minister auf die Anklagebank gebracht worden sei. Der Ministerpräsident versuchte Herrn Romero Robledo zu beden, indem er ausführte, daß dessen Handlung dem Gesamtminderthum bekannt und von ihm gutgeheißen worden sei. So schwach die Verteidigung Robledos in den Cortes war, wo ihn die schwere Anschuldigung ganz unvorbereitet traf, so glänzend bewährte er bald danach im Senate seinen Ruf, einer der besten spanischen Parlamentarier zu sein. Die sogenannte Rechtfertigung gegenüber der Anklage gipfelte indessen nicht in einer Erklärung, sondern nur in einer gegen die liberalen Exminister Camajo und Becerra erhobenen Gegenanfrage. Die beiden hätten es nach schlimmer getrieben wie er; Becerra hätte vor zwei Jahren ein dem Staate angehörendes Kapital von 575 000 Franken, für welches nach der Festsetzung des Jahresbudgets keine Verwendung vorhanden gewesen sei, ohne Weiteres zu seinem eigenen Mißbrauch in der Bank von Spanien niedergelegt. In der Rede heißt es wörtlich: „Wenn ich auf die Anklagebank gebracht werde, so werde ich mich dort in guter Gesellschaft befinden; denn die bekanntesten Exminister der liberalen Partei werden mich dorthin begleiten; und wenn mein Verhalten ein Verbrechen ist, so werde ich beweisen, daß jene dieses mein sog. Verbrechen in doppelten Maße begangen haben.“ Infolge dieser Erklärung beginnt nun die gedungelte liberale Partei abzuwiegeln. Da es in diesen Kreisen nur Schulzorg gibt, und eine Kränze der andern Kränze nicht die Augen anzubaden pflegt, so wird die traurige Geschichte alsbald von beiden Seiten für ein Mißverständnis erklärt werden und die Millionen des Staatsschatzes haben sich auf Nummerwiedersehen empfohlen.“

Diese ministeriel-parlamentarische Sannergesellschaft ist in der That berufen, die Ordnung, die Religion, die Familie und das Eigentum zu retten. —

**Maisfeier in Spanien.** Die Madrider Arbeitervereinigungen sind der in dem Rundschreiben des sozialistischen Komitees enthaltenen Aufforderung beigetreten, daß die Arbeiter am 1. Mai keine öffentlichen Kundgebungen veranstalten mögen. —

**Brazilianische Wirren.** Aus Rio de Janeiro vorliegende Meldungen besagen, in der Nacht vom 10. zum 11. d. M. habe eine Kundgebung für den früheren Präsidenten der Republik da Fonseca stattgefunden. Die Manifestanten hätten unter feindseligen, gegen den Präsidenten Peigoto gerichteten Ausfällen die Straßen der Stadt durchzogen. Zahlreiche Verhaftungen seien vorgenommen. Der Belagerungszustand sei erklärt. —

## Parteinachrichten.

Die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten nehmen es mit ihren Pflichten gegen die Wähler auch hinsichtlich der Berichterstattung über die Reichstags-Verhandlungen genauer, als die meisten Parlamentarier der gegnerischen Parteien, die in der Regel genug gethan zu haben glauben, wenn sie hinter den verschlossenen Thüren irgend eines Kabinetts eine Rede vom Stapel ließen oder, noch bequemer, im Lokalblatt ihren Bericht veröffentlichten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten dagegen legen nach guter Sitte in öffentlichen Versammlungen, wozu jeder Zutritt hat, Redenschaft vor den Wählern ab und stehen denselben Rede und Antwort. So wird z. B. der bremische Abgeordnete, unser Genosse Bruhns, in folgenden Orten über die Reichstagsverhandlungen berichtet: am 23. April in Vegesack, 24. April in Bremerhaven, 25. April in Dageb., 26. April in

Bremen, 3. Mai in Walle, 4. Mai in Wollmershausen, 8. Mai in Sebaldsbrück (gleich für Hemelingen) und in Ellen-Oberholz, 9. Mai in Gröbkingen, 10. Mai vor dem Buntenthor (Mühlenfeld), 11. Mai in Schwachhausen, 15. Mai in Arßen und Habenhausen. Diesen Versammlungen wird sich dann noch eine weitere Anzahl in der Umgegend (Hannover und Oldenburg) anschließen.

**Preussische Landgemeinde-Wahlen.** In Borne (Kreis Salze a. S.) erhielt bei der Hauptwahl Genosse W. Böning von 63 abgegebenen Stimmen 49, ferner wurden in der Stichwahl zwei Sozialdemokraten gewählt. — In Belken siegten die Kandidaten unserer Partei mit großer Majorität.

**Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Wermelskirchen** wurden sämtliche sozialdemokratische Kandidaten gewählt.

**Der sächsische Gemeindevertretertag,** welcher von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Gemeindevertretungen Sachsens geplant wird, findet am 21. April noch nicht statt; er soll womöglich an einem Sonntage vor Pfingsten abgehalten werden. Diejenigen Vertreter der Landgemeinden, welche an der Versammlung teilnehmen wollen, werden vom Genossen Georg Horn in Dresden-Altstadt als Beauftragten ersucht, dies demselben bis spätestens 30. April mitzutheilen, und ihm bis zu demselben Zeitpunkte über alle von ihnen in Gewerbeverwaltungs-Angelegenheiten, namentlich in Steuerwesen, im Straßenbau-, Armen- und Schulwesen u. v. a. wahrgenommene Uebelstände einen kurzen, sachlichen Bericht einzusenden.

**Zur Maisfeier.** Die Stadtöster Ulms haben das Gesuch der Fachvereine um Ueberlassung der städtischen Turnhalle zur Maisfeier abschlägig beschieden. Dagegen wurde die erbetene Ueberlassung der Tuch- und Markthalle für die Feier des 75-jährigen Jubiläums des Artillerieregiments und des Pionierbataillons genehmigt, außerdem für das Artillerieregiment eine Ehrengarde von 600 M. und für das Pionierbataillon ebenfalls ein Geschenk beschlossen. Im vorigen Jahre hatte man das Lokal den Arbeitern nicht verweigert. — Die Nachricht, auch in Lübeck sei der Aufzug verboten worden, ist nicht zutreffend. Man schreibt uns darüber aus jenem Ort: „Der zum 1. Mai geplante Aufzug der hiesigen Arbeiterschaft nach Juraoldsdorf ist von der Polizei gestattet worden. Wie im vorigen, so wird auch in diesem Jahre die Aufstellung des Zuges auf dem Burgfelde, als dem hierfür geeigneten Plage, geschehen und derselbe von hier aus mit mehreren Musikkorps, Fahnen und Emblemen nachmittags 4 Uhr sich in Bewegung setzen. Im Juraoldsdorfer Schulhof wird, nachdem der Zug dort angekommen, der Reichstags-Geordnete Schwarz die Festrede halten. Der Klammarch gefolgt ganz in derselben Weise wie im vorigen Jahre, Abends, mit rothen Stockfakeln. Die Polizeibehörde hatte auch nichts gegen den Durchmarsch durch die Stadt einzuwenden; die Festleiter selbst haben aus Zweckmäßigkeitsgründen von demselben Abstand genommen.“ — Der Erfurter Magistrat hat die Genehmigung zur Veranstaltung eines Aufzuges oder Auszuges durch die Straßen der Stadt, oder innerhalb des Reichthums derselben, sowie zum Mitführen von Fahnen aller Art innerhalb der Stadt, sowie des Polizeibezirks überhaupt, nicht erteilt. Ebenso dürfen auch rote Fahnen an Orten, die dem Publikum unbeschränkt zugänglich sind, nicht entfaltet oder aufgestellt werden. Das Komitee hat sich nun beschwerbefährend an die Regierung gewendet, indem es geltend macht, daß kein Grund vorliege, eine derartige Genehmigung, welche anstandslos allen Vereinen und Korporationen erteilt wird, sozialdemokratischen Arbeitern zu verweigern. — Die Stettiner Arbeiter halten die Feier in den beiden Lokalen Rath und Waldmann ab. Ein großes Lokal haben sie nicht erlangen können. — Die Nürnberg-er Genossen planen einen großen Festzug, der sich vom Hallplatz aus nach Schusterkeller bewegen soll, wofolbst die eigentliche Feier stattfindet. Das bezügliche Gesuch liegt jetzt dem Polizeienat vor.

**Redakteur Grimpe von der Elberfelder „Freien Presse“** scheint bis jetzt, trotz der seiner Zeit auch im „Vorwärts“ geäußerten Wünsche, keine Erleichterung seiner Gefängnishaft bewilligt bekommen zu haben. Die „Freie Presse“ berichtet vielmehr, daß er diesmal alle Fäden des Gefängnislebens zu tragen hat. Während Grimpe's vorjähriger Haft gewählte die Kreisbauverwaltung seiner Frau die Vergünstigung, ihren Mann aller 3 Wochen besuchen zu können, um Angelegenheiten der Tenderei u. v. a. zu besprechen. Diesmal darf sie nur alle 4 Wochen einen sonntäglichen Besuch abstellen.

**In Oesfel (Westfalen)** wurden zu Schulrepräsentanten nur Arbeiterkandidaten gewählt. Das Bürgerthum brachte keinen einzigen seiner Kandidaten durch.

**Mecklenburgisches.** Wie die „Mecklenburgische Volkstg.“ mittheilt, wurde in Bügow der erst kürzlich gegründete Arbeiter-Bildungsverein verboten. Beschwerde ist natürlich eingelegt.

**Klassisches aus Oppeln.** Dem „Oberschlesischen Anzeiger“ schrieb man aus Oppeln:

„Eine Sozialistenversammlung sollte am Sonnabend Abend abgehalten werden. Sowohl Herr Gastwirth Lohs, als Herr Gastwirth Häntner, bei denen die Einberufer die Versammlung abhalten wollten, verweigerten indeß in nicht genug anerkennender Weise das Lokal, so daß aus der geplanten Demonstration für dieses Mal nichts wurde. So gut wie es in Oppeln der Polizei indirekt möglich ist, die Weiterverbreitung der sozialistischen Heldiden durch Abtreibung der Säle zu verhindern, mißte es auch in anderen ober-schlesischen Städten geschehen können. Wir empfehlen das Rezept von Oppeln mithin zur Nachachtung; die Propaganda der Sozialdemokraten in Oberschlesien wird dadurch am ehesten eingeeignet.“

Die Oppelner Polizei hat immerhin keine Ursache, auf jenes öffentliche Lob stolz zu sein. Daß die Polizei nicht dazu ist, dem Staatsbürger das Versammlungsbrecht zu schmälern, wird man im Lichte des Tages selbst im schwarzen Schleien kaum bestreiten können. Unserem Ermessen nach mißte die Oppelner Polizei den Verfasser jener Notiz des „Oberschlesischen Anzeigers“ wegen schwerer Beamtenbeleidigung verklagen.

**Die italienische Buchdrucker-Gewerkschaft,** die größte Gewerkschaft Italiens, hat sich offiziell für den Anschluß an die sozialistische Arbeiterpartei erklärt. Der Ausgang des deutschen Buchdruckerstreiks, bemerkt ein italienisches Arbeiterblatt dazu, „und der Anschluß der deutschen Buchdrucker an die moderne Arbeiterbewegung dürfte viel zu diesem Beschluß beigetragen haben.“

**Am Begräbnis des Genossen Trost in Nürnberg** beteiligten sich gegen 8000 Personen. Genosse Böwenstein hielt die Grabrede.

**Polizeiliches, Gerichtliches u. v. a.** — Der Halberstädter „Sonntags-Zeitung“ wurde die erste Auflage der Nummer 15 vom 10. April wegen einiger Sätze konfiszirt, in welchen die Reichstags-Verhandlungen glossirt waren.

— Karl Berg, früherer Redakteur der Halberstädter „Sonntags-Zeitung“, hat am 4. April eine 6 monatliche Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Beleidigung des Vaterländischen Vereins zu Egeln auferlegt ist.



### Theater.

Mittwoch, den 13. April.  
**Opernhaus.** Tristan und Isolde.  
**Schauspielhaus.** Ruzib.  
**Deutsches Theater.** Don Carlos.  
**Festa-Theater.** Die Großstadtluft.  
**Berliner Theater.** Der Hüttenbesitzer.  
**Wallner-Theater.** Der Löwe des Tages.  
**Residenz-Theater.** Der kleine Schwendhüter.  
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.** Das Sonntagskind.  
**Thomas-Theater.** Ein delikater Auftrag. Unser Rigeuner.  
**Ostend-Theater.** Cibello, der Mohr von Venedig.  
**Adolph Ernst-Theater.** Der Komteufel.  
**Frenpalast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Hausmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konkordia-Palast-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Eiskeller.** Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Circus Renz.

Mittwoch, den 13. April 1892,  
 Abends 7 1/4 Uhr:

### Große Abschieds-Vorstellung.

Den hohen Behörden, der gesamten Presse und dem hochgeehrten Publikum Berlins muß ich, einem innigen Herzensbedürfnisse folgend, bei meinem diesmaligen ersten Scheiden als Direktor meines Institutes, an dieser Stelle nochmals meinen wärmsten Dank für die vielen aufrichtigen Zeichen der Theilnahme, bei dem mich und meiner Familie betreffenden herben Trauerfälle, sowie noch besonders für die mir beim Antritt meiner Direktion hochgeneigt entgegen gebrachten, tröstenden und muthausprechenden Beweise des Wohlwollens und Vertrauens, ausdrücken. So bedarf es wohl auch kaum der Versicherung, daß alle diese erhebenden Kundgebungen mich nur um so freudiger mit der Stadt Berlin verbinden und es stets für mich eine Pflicht der Dankbarkeit sein wird, auch durch meine künstlerischen Bestrebungen für alle Zukunft dem hochgeehrten Publikum Berlins Leistungen zu bieten, die das alterworbene Renommee des Circus Renz zu erhalten und zu fördern geeignet sind.

In der angenehmen Hoffnung, daß ich bei meiner Wiederverkehr den gleich freundlichen Gesinnungen begegnen werde, empfehle ich mich mit ausgezeichneter Hochachtung  
**Franz Renz, Direktor.**

### Castan's Panopticum

Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.  
**Neu:**  
**Salomon Feury**  
**der weiße Neger**  
 aus Sierra Leone-Westafrika.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Passage-Panopticum.**  
**Riese, 9 Fuß.**  
**Zwerg, 25 Zoll.**  
 Mann m. Steinkopf.  
 Pigmy v. Stanley-Zwergvolf.  
 10-1 4-9 Uhr

**Gratweil'sche**  
**Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
**Täglich:**  
**Konzert**  
 mit humoristisch. Vorträgen.  
 Großer Frühstücks- u. Mittagstisch  
 sowie 6 Billards, 3 Regelm.  
 bahnen und 2 Säle.  
**F. Sodtke.**

**Wo speisen Sie?**  
 In der alt. pommer.  
 schen Küche, Oranienstr. 181, Hofpl.  
 bei Klein! Frühst.  
 80 Pf., Mittagstisch  
 mit Bier 50 Pf., Abendstisch von 90 bis  
 50 Pf. nach Auswahl. 1896/97

**Sinderwagen und Reifkörbe,**  
 über 200 Stück, i. Einzeln. bill. zu verk.  
 in d. Nordwaarenfabr. Invalidenstr. 105.

## Achtung! Maurer. Achtung!

Freitag, den 15. April, Vorm. 10 Uhr,  
 im großen Saale des Herrn Joël, Andreasstr. Nr. 21:  
**Große öffentliche Versammlung**  
**der Maurer Berlins und Umgegend.**

**Tages-Ordnung:**  
 1. Stellungnahme zur diesjährigen Lohnbewegung. 2. Wahl eines Agitationskommissions-Mitgliedes auf Grund der in der Feen-Palast-Versammlung angenommenen Resolution. 3. Stellungnahme zu der am 15. und 16. Mai 1892 in Braunschweig stattfindenden Konferenz der deutschen Maurer und Wahl der Delegirten zu derselben. 4. 27/19  
 Es ist Pflicht aller in Berlin und Umgegend arbeitenden Maurer, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 Zur Deckung der Unkosten findet Teilsammlung statt.  
 Der Einberufer: **Wilhelm Koll, Stallgerstraße 33.**

## Große öffentliche Versammlung

**der Steinseher Berlins u. Umg.**  
 am Donnerstag, den 14. d. M., Abends 8 Uhr, bei Scheffer, Inselstr. 10, II.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten zur Streit-Kontrollkommission und Neuwahl eines solchen. 4. Bericht des Vertrauensmannes. 5. Wahl von Revisoren. 6. Stellungnahme zum 1. Mai. 7. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Steinsehers, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 2898b **Der Vertrauensmann.**

## Berein der Sattler und Fachgenossen.

Mittwoch, den 13. April, Abends 9 Uhr,  
 im Louisonstädtischen Klubhause, Annenstrasse 16:  
**Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom 1. Quartal und vom Restenball. 3. Wahl der Revisoren. 4. Verschiedenes und Fragelosen.

## Achtung! Buchdrucker!

Sozialdemokr. Klub der im Buchdruckgewerbe beschäft. Arbeiter.  
 Mittwoch, den 13. d., Abends präzis 8 1/2 Uhr:  
**Oeffentl. Versammlung**  
 bei Prochnow (vorm. Orschel), Sebastianstraße Nr. 39.  
 T.O.: Ueber Gewerkrankheiten mit besonderer Berücksichtigung des Buchdruckgewerbes. Referent Herr Dr. Christler. 2. Politische Rundschau. 3. Verschiedenes.  
 Alle im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen. 252/11 **Der Einberufer.**

**Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt**  
 Berlin SW., Genthstraße 2.  
 Soeben erschien:  
**Heft 15**  
 der  
**Reden und Schriften Ferd. Lassalle's**  
 (Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)  
 Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungspediteure und Kolporteurs entgegen.

**Hauptgeschäft „Oswald Nier“.**  
 Zum Ungarischen, Weinhandlung Aux Cayes de France.  
 2125L) nebst **Restaurant** 2127: 30 Centralgeschäfte mit 700 Plätzen in Deutschland.  
**Grosser Mittagstisch** à la Palais Royal. à Portion 10. 15. 25. 35 Pf.  
**Vorz. Table d'hôte** von 1 bis 5 Uhr ununterbrochen, fünf Gänge nach Wahl unter 10 Gerichten deutscher u. französischer Küche, à M. 2.25, im Abonn. M. 1.80 excl. Wein. (Wein nach eigener Wahl.) Feine Diners u. Soupers und à la carte zu civilen Preisen.  
**Leipzigerstr. 119-120**  
**BERLIN W.**

Preis	Feiner pro Liter		jetzt pro Flasche excl. G.	
	M.	Pf.	M.	Pf.
1.40	—	75	1	—
1.50	—	80	1	20
2.00	—	1.20	1	80
2.40	—	1.50	2	—
—	—	1.95	2	60
—	—	1.95	2	60
3.00	—	2.25	2	—
—	—	3.75	5	—
—	—	4.50	6	—

Die feinen reinen Bordeaux-Marken:  
 u. Tafelwein  
 in Bordeaux  
 in Bordeaux  
 in Bordeaux  
 in Bordeaux

**Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.**  
 Spezialität: Vorträts bewährter sozialistischer Führer (Lassalle, Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlippenadeln, Manschettenknöpfen, Stöcken, Brochen. **En gros. En détail.**  
 2274 L **B. Günzel, Brunnenstr. 157, am Rosenthaler Thor.**

## Central-Möbel-Halle.

**Möbel** an Theilzahlung Kommandanten-Strasse No. 51.

**Möbel- und Ausstattungs-Magazin**  
 von **J. Adler, Oranienstraße 47.** Auch Theilzahlung gestattet. [2259L]

**J. Semmel, prakt. Zahn-Drzt.,**  
 Oranienstr. 55, Moritzplatz, Spr. 9-1, 3-5. In der Poliklinik für Unbemittelte 8-9 Uhr, 1-3, 5-6 Nachm. (Künstl. Zähne 2 Mark).

Elegante  
**Herren- u. Knaben-Garderobe**  
 in allen Qualitäten und zu billigsten Preisen empfiehlt  
 2198L  
**Julius Lindenbaum,**  
 Berlin O., Frankfurterstrasse 139.  
**Spezialität: Anfertigung nach Maass.**  
 Für reelle Bedienung bürgt mein in allen Kreisen bekannter guter Ruf.

gegr. 1876 **Hüte** mit Kontrollmarken aus der Genossenschafts-Gutbr. zu 3, 3.50, 4, 5, 6 M. **Cylinder eigener Fabrikation** zu 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 u. 12 M., empfiehlt **Paul Drenske Nachf., Oranienstr. 172.**  
**C. Königsfeld, Herren- u. Goldwaaren-Geschäft, Reinickendorfer-Str. 69.**  
 Größte Auswahl. Reparaturen gut und billig. 2017L

Gegründet 1867.  
**Bettfedern** von 60 Pf. bis 6 M., fertige Betten, Matratzen, Heberzüge — Schlafdecken — Steppdecken, Oberhemden, Herren-, Damen-, Kinder-Hemden.  
**H. Wessling, Dresdenerstraße 134.**  
 J. Dano u. Cottbusser Thor.

Soeben beginnt zu erscheinen:  
**Eine Welt- und Lebensanschauung für das Volk,**  
 mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen.  
 — Von **J. G. Vogt.** —  
 In 50 wöchentlichen Lieferungen zu je 10 Pfennige.  
 Ausführliche Prospekte gratis.  
**Th. Mayhofer Nachf.,**  
**Sozialdemokratische Buchhandlung,**  
 Berlin N., Weinbergsweg Nr. 15 b.

Wer zu Ostern einen guten Anzug haben will, der wende sich an das erste, bekannte, christliche Garderoben-Geschäft von **Wilhelm Pusewey, Dresdenerstr. 17,**  
 da giebt es in größter Auswahl komplette Anzüge schon von 13,75 M. an, elegante Sommer-Paletots von 12 M. an, dauerhafte Hosen von 2,50 M., elegante Beinleider aus engl. Stoffen und prima Kammgarn von 6 M. an, weiße Westen u. seidene Westen von 3 M. an, Knaben-Anzüge von 4 M. an, Anzüge nach Maß von 35 M., Paletots von 25 M. an, Beinleider von 7 M. an. Die Anfertigung geschieht in eigener Werkstatt unter Leitung tüchtiger Meister. 5492H

Das weltbekannte **Bettfedernfabrik-**  
 Lager von **Gustav Lustig, Berlin, Prinzenstr. 43,** versendet gegen Nachn. (nicht unter 10 M.) garantiert neue vorzüglich füllende Bettfedern, Bünd 55 Pf., Halbdannen, das Pfd. 1,25 M., h. weiße Halbdannen, das Pfd. 1,75 M., vorzügliche Daunen, das Pfd. 2,75 M. Von diesen Daunen genügen 3 Pfd. zum grössten Oberbett. 2259L  
 Verpackung wird nicht berechnet.

**Möbel, Spiegel und**  
**Polsterwaaren,**  
 reelle Waare, solide Preise.  
 Ganz Ausstattungen in Mahagoni und Nupbaum. Büchermöbel in gr. Auswahl empfiehlt 2194L  
**Julius Apelt,**  
**Sebastian-Strasse 27/28.**

Die rühmlichst bekannte **Betten-Fabrik** von 2044 U  
**R. Kirschberg**  
 1<sup>o</sup> Spandauer Brücke 1<sup>o</sup>  
 Geogr. 1870 verkauft streng reell  
 vorzüglich füllend  
**Neue Bettfedern** 1/2, 2, 3, 4, 5, 6 bis zu den allerbest. nur 3, prima Halbdannen 1,10 u. 1,50 M. **Daunen** chinesische von vorzüglicher Füllkraft 2,50, 3, — M., ältere feinste Schwann-Daunen 4,50, 5, — M.  
**Complete Betten,** Oberbett, Unterbett, 2 Kopfkissen in guter Federfüllung 12, 15, 20 Mk. bis zu den allerfeinsten Brautbetten, enorm billig. Theilzahlung gestattet.  
**Matratzen** Kasten-, Ledertücher, Segrasmatratzen nur 3,75 M. Bettstellen 4,50, Feldbetten nur 2,50 Mk.

**Staar** 1,50, Finken, Gänstlinge 75 Pf., Stieglitz, Zeilige, Dompfaffen, Fische, Geklinge, Meisen, Drosseln, sowie all. Art. bill. gekauft werden stets Meerschweinchen, Kaninchen, Tauben, Mehlwürmer, Mäuse, Vogelbauer, Kanarienvogel, weiße Hatten. **M. Rodtmann, Stralauer-Platz 21** (Schlesischer Bahnhof). [2417b]

**Teppiche**  
 in allen Arten und Größen  
 kleiner Musterfehler wegen offeriren sehr billig.  
**Portièren, Gardinen, Steppdecken**  
 in den geschmackvollsten Ausführungen zu anerkannt billigen 477M Preisen.  
**Reste**  
 von Plüsch, Fantasiestoffen, Damasten und Rippen, passend für Sophas und Garnituren, zur Hälfte des früheren Kostenpreises.  
**J. Adler Söhne,**  
 Teppichfabrik,  
 Spandauer-Strasse 30,  
 gegenüber dem Rathhause.

66. Resterhandlung. 66. Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Sommermänteln, Jacketts, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen.  
 Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.  
**66. Karle, Waldemarstrasse 66.**

Meinen werthen Kunden u. Freunden zur Nachricht, daß meine **Pfandleihe**  
 sich jetzt Wienerstraße 1, Eingang Schillerstraße, befindet. Verkauft billig Kleidungsstücke, Sommer-Heberzüge, Uhren, Regulateure. [2024b]  
**Gustav Meyer, Wienerstr. 1.**

**Achtung, Moabit!**  
 Allen Bekannten, Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich Wilkenstraße 20 ein Zigarren-Geschäft eröffnet habe und bitte bei Bedarf um gütigen Zuspruch.  
**Franz Jhdo.**

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein Schuhwaaren-Lager. Gute, solide Arbeit, mäßige Preise.  
**H. Müller, Schuhmachermeister,**  
 2285b) 80., Schleichstraße 3.

**Achtung! Kein Laden.**  
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigaretten 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Hippentabak 2 Pfd. 60 Pf. 1785L  
**G. F. Piniolage,**  
 Rotluiserstr. 4, Hof part.

Größtes Lager Berlins  
**Sinderwagen.** Andreasstr. 23 d. p.

**Arbeitsmarkt.**  
 Energischer, unehüthiger Mann, Ende 20er, kaufmännisch gebildet, der englischen und französischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig, 6 Jahre im Auslande, sucht passende Stellung. Gesl. Off. und S. Z. bef. d. Exp. d. Bl.  
 Verfilberer u. Farbigenmacher werd. verl. **Kunendorfer, Waldemarstr. 15.** 554M



## Tokales.

Das Begräbnis unseres Genossen Kurovski fand gestern, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Anstaltsfriedhof in Dalldorf statt. Von Berlin waren Deputationen mehrerer Arbeitervereinigungen, die Kollegen des Dahingegangenen, zahlreiche polnische Parteigenossen, sowie Verwandte des Gestorbenen, drei Mitglieder des Parteivorstandes und die Vertreter der Firmen Bading, Sillier, Janiszewski u. Ko. zum Begräbnis erschienen. Am Grabe ließen Kränze mit mächtigen roten Schleifen niederlegen die Parteigenossen des V. Berliner Reichstags-Wahlkreises, die „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, die Redaktion des „Vorwärts“, die Firma Max Bading, Polnische Parquet-Fußbodenleger der Firma Joseph, das Personal der Bading'schen Buchdruckerei, die Sozialdemokratische Partei Berlins, die Firma Sillier, Janiszewski u. Ko., der Polnische Arbeiterverein und der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Nachdem die Kränze mit kurzen Widmungen niedergelegt waren und ein Doppelsquartett des Gesangsvereins Berliner Buchdrucker dem Dahingegangenen die letzten Grüße in das Grab nachgesandt hatte, entfernten sich die Leidtragenden.

Unser braver Genosse, das Opfer politischer Verfolgungen dies- und jenseits der schwarzen Grenzpfähle, ist von seinen Leiden erlöst. Unsere Aufgabe aber ist es, in seinem Geiste weiter zu wirken, bis unsere gerechte Sache zum Siege gelangt.

Dem Begräbnis des Genossen Tischler Wilhelm S ü i n g, das am Sonntag früh stattfand, folgten an 300 Freunde und Genossen. Der Gesangsverein „Hoffnung“ und mehrere andere Vereine legten prächtige Kränze mit roten Schleifen und dazu gehörigen Widmungen auf dem Grabe mit kurzen Ansprachen nieder. Ein feierlicher Gesang des Vereins „Hoffnung“ begleitete die Verfertigung des Sarges in das Grab.

Das Attentat Poninski. Die Namen der Räuber sind bereits gestern von uns gemeldet: Sie heißen Zukowski, Pilachowski, Dekar Dräger, Grzeskiewicz. Ueber den schon geschilderten Kampf wird aus einer an den Regierungspräsidenten in Bromberg gelangten antilichen Darstellung folgendes mitgeteilt: Zwei der Räuber wurden von den sie verfolgenden Vorbewohnern nach verzweifelter Gegenwehr erschossen; der dritte Räuber, an den die Verfolger inzwischen auch nahe herangekommen waren, schoß auf diese, traf aber seinen in der Schußlinie stehenden vierten Genossen, so daß dieser tödtlich von oben starb. Der nun allein übrig bleibende Räuber richtete jetzt die Waffe gegen sich selbst und tödtete sich ebenfalls. Kuper dem schwerverletzten Felan v. Poninski sind verwundet worden der Stelmacher Wieniewski und ein Waldhüter, welche sich unter den Verfolgern befanden. Der Grzeskiewicz, Stablenki von Posen hat sich nach Koscielce begeben. Die Räuber wurden, ungefähr 1000 Schritte von dem Bahnhof entfernt, auf dem gegenüber liegenden Feld gefesselt. Hinter einem am Wege stehenden Heiligenbilde von Stein nahmen die Räuber Deckung und versuchten es von hier, ihre Verfolger durch Schüsse unschädlich zu machen. — Kuper den roten Karten mit der Unterschrift: „Komitet eksekucyjny anarchistów polskich“ (Polnisch-anarchistisches Exekutions-Komitee) fand man bei den Leichen Verbandzeug, eine Papiertafel mit Zigaretten und der Aufschrift „Frische, Berlin“, die neueste Generalstabkarte der Provinz Posen und ein Verzeichnis sämtlicher Geistlichen der Diözese Posen-Gnesen. — Die Leichen wurden von dem Kreisphysikus Dr. Roquette sezirt und auch, namentlich hinsichtlich ihrer Wunden photographirt. — Am letzten Freitag wurde in Weihensee die Familie des angeklagten Klavierarbeiters Zukowski verhaftet und zwar wegen anarcho-politischer Antriebe. Das Haupt der Familie wurde nicht angetroffen, der Mann sollte bereits seit Montag, den 4. d. M., vertrieben sein. Verhaftet wurde daher nur die Frau, eine 17- und eine 14-jährige Tochter und ein 11-jähriger Sohn. Der Knabe wurde am Sonnabend Abend aus dem Untersuchungsgefängnis wieder nach Weihensee gebracht und dem Amtsvorstande zur Unterbringung in geeignete Pflege überwiesen. Die Mutter und die Tochter sind in Haft geblieben. Zukowski, Pilachowski, Dräger und Grzeskiewicz wohnten in einem Hause Langhansstraße 197. Beide polnischen Familien verkehrten, so meldet ein Lokalberichterstatter, außerordentlich intim mit einander, während die übrigen Hausbewohner von den Polen überhaupt nicht beachtet wurden, ja die beiden Männer verniederten es sogar, sich vor den Hausgenossen sehen zu lassen. Die beiden Polen müssen guten Verdienst gehabt haben, denn sie machten keine Schulden. Pilachowski zog am 30. März aus seiner Wohnung fort und ließ sich und seine Frau nach Amerika abmelden; wo die Frau aber geblieben ist, hat noch nicht ermittelt werden können. Die verhaftete Frau Zukowski erklärte der Behörde, daß ihr Mann am 3. April morgens, wie gewöhnlich, sich aus der Wohnung entfernt habe, daß sie aber über seine politischen Ansichten durchaus nichts wisse, weil ihr Mann nie mit ihr über Politik gesprochen habe. Von dem Tode ihres Gatten habe sie erst am 9. April durch einen Brief ihres Schwagers Kenntnis erhalten. Die 3-jährige Wohnung ist polizeilich geschloffen.

Wir haben auf Grund eingehender Informationen folgendes mitzuteilen:

Der Tischler Gustav Zukowski hat eine Reihe von Jahren in Paris gelebt und ist von der französischen Regierung, nachdem er einige Monate inhaftiert war, wegen anarchistischer Agitation aus Frankreich ausgewiesen worden. Ende 1890 kam er nach Berlin. Er ist am 8. Januar 1891 Mitglied des Berliner Vereins polnischer Sozialisten (Towarzystwo Socjalistow polskich w Berlinie) geworden. — er wohnte damals in Weihensee, Charlottenburgerstraße 61 — hat aber nie das Vertrauen seiner Landleute befallen. Und zwar deshalb, weil er sich in ultraradikalen Phrasen geübt, von Bombenfabrikation sprach und überhaupt einen provokatorischen Eindruck machte. Er trat nur einmal — im August 1891 — im Verein öffentlich auf und sprach bei dieser Gelegenheit für die „schärfere Tonart“, erklärte, der Sozialismus sei nicht „energisch“ genug, seine Taktik müsse modifiziert werden. Er wurde sofort auf das Allerentwiddeste zurückgewiesen und hat nie wieder das Wort ergriffen, sich überhaupt nicht wieder sehen lassen, vielmehr gegen den Verein gearbeitet, ihn, wie überhaupt die Sozialdemokratie beschimpft und verleumdete. Charakteristisch für den Mann ist eine von absolut sicherer Seite uns mitgeteilte Aeußerung: als ein Genosse im Verein gegen den Anarchismus sprach, erklärte er ingrimisch im privaten Kreise, er würde ihn dafür tödten, wenn er könnte, den Sozialdemokraten, die weit schlimmer als die Bourgeois seien, müßten sämtlich die Köpfe abgeschnitten werden. Die „Gazeta Robotnicza“, das hiesige Organ der polnischen Sozialdemokratie, brachte Anfang dieses Jahres einen grundsätzlichen Artikel gegen den Anarchismus aus Anlaß jener Vorgänge, und alle Eingeweihten wußten, daß dieser Artikel gegen die Richtung des Zukowski gerichtet war. Seine Propaganda wurde von den organisierten polnischen Sozialisten ein für allemal abgelehnt.

Sein Helfershelfer, der Töpfer Franz Pilachowski, offenbar ein blindes Werkzeug des Zukowski, ist am 12. Mai 1891 Mitglied des polnischen Sozialistenvereins geworden — er wohnte

damals Memelerstraße 5 — ist aber nie hervorgetreten und hat sich niemals an der Vereinthätigkeit beteiligt.

„Prählererei“ nennt der bescheidene Herr Eugen Richter unsere sachliche Anführung der imposanten Siege, welche die Sozialdemokratische Partei trotz seiner Spar-Agnes bei der Reichstags-Wahl, den Gewerbegerichts- und Gemeindevahlen errungen hat; er hätte sich „niemals“ eingebildet, durch seine Broschüre alle Erfolge der Sozialdemokratie neutralisieren zu können, dazu würde vor Allem eine richtigere Politik der Regierung gehören. Vermuthlich nach dem Rezept: „Stellen Sie doch Mädchen ein!“, was Herr Richter schon als Privatmann so sympathisch ist, um wie viel mehr als Führer einer Partei, welche die schrankenlose Auspowerung des Arbeiters durch den Begüterten zum Ziele gesetzt hat.

Wenn Herr Richter weiter meint, wir verschwiegen die Misserfolge, welche unsere Partei gerade seit 1890 erlitten habe, so hat hierbei der Romancier Richter dem Politiker Richter lediglich einen Strich gespielt, denn wo, Herr Politiker Richter, hat die Sozialdemokratie seit 1890 einen wirklichen Misserfolg gehabt, und wo hat andererseits die deutschfreisinnige Partei so ruft, daß auch nur ein durch den Deutschfreisinn selbst errungener Erfolg ohne Flunkerei verzeichnet werden könnte?

In all den Arbeitsnachweisen, welche in Berlin schon bestehen, ist jetzt noch eine besondere Spezies, ein „christlich-deutscher“, antisemitischer getreten. Derselbe verlangt in einem hiesigen antisemitischen Blatt Arbeiter für verschiedene Betriebe und empfiehlt zugleich den Arbeitgebern „zuverlässige und tüchtige Kräfte“. Durch diesen Nachweis sucht zugleich ein „Offizier a. D. (Gymnasial-Abiturient) angemessene Nebenbeschäftigung“. Arbeitgeber sollen zur Deckung der Unkosten des Nachweises 25 Pf. zahlen.

Wir wollen den Antisemiten den Spah, auch einen Arbeitsnachweis zu besitzen, gewiß nicht verberben, sie reuomiren ja so gern mit ihren „positiven“ Erfolgen, das man es ihnen von Herzen gönnen kann, wenn sie hin und wieder mal einen Arbeiter unterbringen können. Weßhalb aber der Nachweis sich einen „christlich-deutschen“ nennt, ist uns nicht so ganz ersichtlich. Diese Bezeichnung soll doch wohl bedeuten, daß derselbe jüdischen Arbeitgebern eben so wenig Arbeiter nachweist, wie er jüdischen Arbeitern Stellen verschafft. Die ganze Einrichtung tritt also aus dem engen Rahmen des Parteiprogramms nicht heraus. Die Frage, ob die Arbeitsnachweise heute noch gute Dienste leisten, mag unerörtert bleiben, der Arbeitgeber hat aber kaum nötig, dieselben noch zu benutzen, das Angebot der Arbeitskräfte ist ein so enormes, daß für jede Saison sofort ein Tugend Bewerber auf dem Plane erscheint. Dem Arbeiter kann es am Ende ganz gleichgültig sein, ob ein christlich-deutscher oder ein anderer Nachweis ihm Arbeitsgelegenheit zuweist, wie es ihm erst recht gleichgültig sein kann, ob ein christlicher oder ein jüdischer Arbeitgeber ihn auswählt. Die christlichen Arbeitgebern gehören ebenfotig zu den Lohnbrüchern, wie die jüdischen. Es kann denselben hieraus schließlich auch kein Vorwurf gemacht werden. Wir glauben sogar, daß mancher Arbeitgeber seinen Arbeitern gern ein besseres Loos bereiten möchte, wenn er das könnte, ohne sich selbst zu schädigen. Das ist nicht möglich, weil die Konkurrenz dafür sorgt, daß die Preise auf ein Niveau herabgedrückt werden und daß der Arbeitgeber, um mit der Konkurrenz gleichen Schritt halten zu können, die Löhne so niedrig wie nur möglich berechnen muß. Andererseits giebt es freilich auch Arbeitgeber, die bei gutem Geschäftsgang ebenso hämmerlich bezahlen, wie bei schlechtem, aber darunter befindet sich auch ein reichlicher Prozentsatz „christlich-deutscher“ Männer. Von den Privatbetrieben wollen wir absehen, aber ist denn der Staat nicht ein „christlich-deutscher“ Arbeitgeber? Und wie bezahlt derselbe seine Post-Unterbeamten und Bahn-Unterbeamten? Wie allgemein bekannt, so schlecht, daß dieselben kaum ihr Leben fristen können. Die Antisemiten können also ihr „christlich-deutsches“ Kuschelgeschild ruhig wieder einziehen, es macht auf die Arbeiter wirklich keinen Eindruck mehr.

Spandau in Nothen! In unserem Juliethurm gesegneten Nachbarstädtchen herrscht der blasse Schreden: die jüdischen Rassen sind leer und das Defizit wächst von Jahr zu Jahr. Das neue Einkommensteuer-Gesetz hat in Spandau die merkwürdige Wirkung gehabt, daß bei der Selbsteinschätzung eine Minder-einnahme gegen früher sich herausgestellt hat. Dazu kommt noch, daß ein in früheren Jahren entstandenes Defizit von 90 000 M. zu decken ist. Die Stadt hatte das Angenehme mit den Nöthigen verbunden, indem sie diesen Betrag aus der Sparkasse pumpte. Die Stadtverordneten wollten den Pump zu einem dauernden machen, indem sie denselben nicht in einem Jahre zurückzahlen, sondern denselben als schwebende Schuld weiter bestehen lassen und versenken wollten. Der Regierungspräsident in Potsdam aber machte den Spandauern einen Strich durch die Rechnung, indem er seine Zustimmung zu diesem Projekt verweigerte. Der Magistrat wollte nun durch Erhebung von 250 pCt. Zuschlag das Darlehen tilgen, drang aber mit seinem Vorschlag bei den Stadtverordneten nicht durch, welche sich nicht dazu verstehen wollten, den Zuschlag um 70 pCt. zu erhöhen (im Vorjahre wurden nur 180 pCt. gezahlt). Dieselben wollen nochmals beim Regierungspräsidenten vorstellig werden, und wenn das auch nichts hilft, die höheren Instanzen anrufen. Der Magistrat erdriekt gegenwärtig noch den Plan, mit Rücksicht auf die „drückende Nothlage der Kommune“ die Erhebung von Schulgeld in den Volksschulen wieder einzuführen. Die Stadtverordneten äußerten die Befürchtung, daß die wenigen wohlhabenden Einwohner, welche Spandau noch beherbergt, den Staub von ihren Pantoffeln schütteln und nach Berlin übersiedeln würden, wenn in Spandau die Steuerfrage noch mehr angezogen würde. Das könnten wir natürlich Niemand verdenken, denn der Aufenthalt in Spandau ist nicht so angenehm, als daß er mit der Zahlung von hohen Steuern erlauft werden müßte. Wir in Berlin sind auch gerade zur Genüge mit Steuern beglückt, aber Berlin leistet hierfür auch etwas, was in Spandau freilich nicht der Fall zu sein scheint. Wenn der dortige Magistrat wirklich die Wiedereinführung des Schulgeldes plant, dann wird es ihn nicht verwundern können, wenn sein Vorhaben allgemeine Mißbilligung findet, denn hierdurch würden gerade die weniger bemittelten Bevölkerungsschichten belastet, die diese neue Steuer, welche man bereits in die Klumpkammer gewandert glaubte, empfindlich treffen würde. Alles in Allem muß es in Spandau recht ungemüthlich aussehen, — seien wir froh, daß wir in Berlin wohnen!

Die Polizei scheint jetzt im Friedrichshain schon bei hellem sichtlichem Tage Razzias vorzunehmen. Einer unserer Leser wenigstens theilt uns mit, daß er an einem der letzten Tage auf einer Bank im Hain gesessen habe, als sich ihm ein Trupp von 8 Schutzleuten unter Führung eines Wachtmeisters näherte, welche etwa 15—16 Arrestanten eskortirten. Auf der Bank hatten noch einige Leute Platz genommen, die durchaus nicht den Eindruck von „Etrudeln“ machten. Da trat der Wachtmeister heran und fragte im Antikton jeden Einzelnen, ob er Arbeit hätte. Diejenigen, welche dies verneinten, wurden für arretirt erklärt und mußten sich dem Trupp Arrestanten anschließen. So ging es quer durch den Park, bis das Landberger Thor und die Revolverwache erreicht war. Da unser Berichterstatter gern wissen wollte, was mit den Verhafteten geschehen würde, war er dem Trupp

gefolgt und wartete einige Zeit vor dem Polizeibureau. Bald kam auch einer der Esirtren wieder heraus und erklärte, er wohne mit dem Wachtmeister in ein und demselben Hause. Dieser habe ihn wieder erkannt und deshalb sei er entlassen worden. Die Uebrigen wurden auf der Wache behalten, was aus ihnen geworden ist, hat unser Gewährsmann nicht in Erfahrung bringen können.

Wenn schon der Friedrichshain am Tage auf diese Weise von der Polizei „gesäubert“ wird, so kann einem harmlosen Spaziergänger ein Ausflug in den Hain recht übel bekommen. Vor dem Esirtrenwerden ist er dann nie mehr sicher und hat den Nachmittag im Schatten des Hains zu verleben, kann er denselben in der Zelle der Polizeiwache verbringen müssen. Daß die Polizei nicht viel Federlesens macht, geht schon daraus hervor, daß das „nicht Arbeit haben“ genügt, um einen Grund zu der Sittung abzugeben. Es hat sich also nicht nur um eine Razzia auf etwaige Odbachlose gehandelt. Wenn die Polizei überall so rationell vorgehen will und sämtliche Leute aufgreifen, die gerade keine Arbeit haben, so wird sie viel zu thun haben. Sollen dieselben alle eingesperrt werden, dann müßte man die Soldaten ausquartieren und die Kasernen in Gefängnisse verwandeln. Mit den Schulhäusern und anderen öffentlichen Gebäuden müßte es ebenso gehalten werden. Das Heer der Arbeitslosen in Deutschland ist so groß, daß dasselbe an Zahl den wirklich Arbeitenden nicht sehr nachsteht wird. Eine Besserung dieser Zustände ist freilich unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht möglich.

Die Fälle von Verurtheilungen Unschuldiger haben sich in letzter Zeit wieder stark vermehrt oder korrekter ausgedrückt: Die Zahl der Fälle hat sich vermehrt, in denen die Unschuld von Verurtheilten gerichts- und offenkundig geworden ist. In einer unserer letzten Nummern erwähnten wir den Fall des Bahnwärters Brauer, welcher im Jahre 1881 wegen eines angeblich von ihm verübten Diebstahls zu einer Woche Gefängnis verurtheilt worden war. Diese Verurtheilung war in zwei Instanzen erfolgt. Brauer wurde infolge des Urtheils von der Bahnverwaltung entlassen und war damit wirtschaftlich ruiniert. Zehn Jahre lang trieb sich Brauer ruhelos im Lande umher. Jetzt endlich war es ihm möglich, das Wiederaufnahme-Verfahren durchzuführen und seine Freipredung zu erwirken. Die Kosten wurden der Staatskasse zur Last gelegt.

Wir greifen gerade diesen Fall heraus, weil er wohl deutlich zeigt, daß ein Gerichtsurtheil gleichbedeutend ist mit dem wirtschaftlichen Ruin des Verurtheilten. Derselbe ist und bleibt ein „bestraftes Subjekt“, vor welchem sich die übrigen Menschen in Acht nehmen müssen. Der Staat hat also dem Ranne nicht nur ein Unrecht in moralischer Beziehung zugesagt, er hat auch die Existenz desselben in Frage gestellt. Wenn man die schließlich erfolgte Freipredung als Sühne des Unrechtes Nummer eins betrachtet will, so verbleibt noch immer die Pflicht, das Unrecht Nummer zwei wieder gut zu machen. Eine solche Pflicht erkennt aber der auf „christlicher Grundlage“ aufgebaute heutige Staat nicht an! Eine Entschädigung ungeschuldig Verurtheilter giebt's bei uns nicht.

Im Reichstage ist schon wiederholt ein dahin zielender Antrag gestellt und auch angenommen worden. Aber dabei ist's auch geblieben, weil eben die Regierung einer solchen Forderung der Gerechtigkeit nicht Folge geben will. Die Gegner einer Entschädigung haben sich eine Anzahl Gründe für ihre Ansicht konstruirt, deren wunderlichster wohl der ist, daß sich die Leute zu einer Verurtheilung geradezu drängen würden, wenn sie wüßten, daß sie entschädigt werden, wenn sie später ihre Unschuld beweisen können. Ganz abgesehen davon, daß einem solchen Unfug auf gesetzgeberischem Wege entgegengetreten werden könnte, ist auch diese Annahme eine so willkürliche, daß sie eine ernsthafte Diskussion gar nicht verdient.

Der kapitalistische Prohengeist kann sich kaum nackter und schamloser hervorheben als in dem Jobberblatt „Berliner Börsenzeitung“. Die Anschauung dieses Blattes ist, daß die Arbeiter, ihre Frauen und Kinder unbedingte Objekte der Kapitalisten-Ausbeutung sind, und es betrachtet jede Beschränkung dieser als ein dem Ausbeuter auferlegtes Opfer, gleichsam als eine ihm zugesagte Verabreichung. So jammert das Blatt von dem sogenannten Arbeiterschutz-Gesetz:

„Es beschränkt den Unternehmer in der Verwerthung der billigeren Arbeit der Kinder, jugendlichen und weiblichen Arbeiter, es verpflichtet zu neuen Einrichtungen in Fabrik und Werkstatt zur Unfallverhütung, zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter, es verbietet in bestimmten Betrieben die Nachtarbeit der Frauen, setzt für andere Betriebe sogar einen Maximalarbeitstag fest und so weiter. Was das unter Umständen kostet, mag's ein Beispiel zeigen: eine größere Kammgarnspinnerei muß 3/2 Millionen neues Kapital aufwenden, um Erweiterungsbauten durchzuführen, damit die bisher in Tag- und Nachtarbeit erzeugten Waaren in gleichem Umfang künftig am Tage erzeugt werden können.“

Diese Einbuße, welche doch die armen Kapitalisten erleiden! Und worin besteht diese Einbuße? Darin, daß sie ein wenig von dem Markt der Arbeiter diesen selbst lassen müssen, daß sie dieselben nicht vollständig ausaugen dürfen. Und dann erdreistet sich das Börsenblatt noch auszurufen:

„Wahrlich, wenn man diese, vom edelsten Geiste der Arbeiterfreundlichkeit (H) getragenen Beschränkungen in ihrer Gesamtheit überblickt, muß man verwundert fragen, was eigentlich die Sozialdemokratie bei uns im Lande bezweckt.“

Vor allem verlangt die Sozialdemokratie, daß der Stißbaum der Börse, bis zu ihren tiefsten kapitalistischen Wurzeln, gefällt und mit allem herumwuchernden Unkraut ausgerodet wird. Damit hat denn auch die „Börsen-Zeitung“ ausgedeutet zu existieren, und die Redakteure derselben können mit Weib und Kindern einmal genießen, wie mit ehrllicher Arbeit verdientes Brot schmeckt.

Die Sonntags-Sonderzüge mit ermäßigten Fahrpreisen nach Finkenkrug und Rauen werden in diesem Jahre nicht mehr vorkehren. Es wird zwar vom 1. Mai ab an jedem Sonntag Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten ein besonderer Zug vom Sehter-Bahnhof nach Rauen abgefahren, doch wird für die Benutzung desselben der gewöhnliche Fahrpreis wie im Vorort-Verkehr erhoben. Die Rückfahrt dieses Sonderzuges von Rauen erfolgt um 5 Uhr 55 Min., von Finkenkrug 6 Uhr 15 Min. Ankunft in Berlin 7 1/2 Uhr Abends.

Das sinnlose Jagen eines Schlächterwagens hat vorgestern Abend gegen 7 Uhr einen schweren Unfall, der mit dem Tode eines Kindes enden dürfte, herbeigeführt. In der Greifswalderstraße, nahe der Marienburgerstraße, spielten vorgestern Abend mehrere Kinder, unter welchen sich auch der vierjährige Sohn des Rutschers Brumle befand. Der kleine B. sah auf dem gegenüberliegenden Trottoir seine Mutter gehen und überschritt, um zu dieser zu gelangen, den Straßendam, in demselben Augenblick aber jagte von der Marienburgerstraße ein Schlächterwagen im schärfsten Galopp daher, dessen Führer fortwährend auf das Pferd losfiel, und im nächsten Augenblick befand sich das Kind unter den Füßen des Thieres. Mit schweren Verletzungen an Kopf und Brust wurde der kleine B. nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain geschafft, woselbst sein



Ableben stündlich erwartet wird. Der gewissenlose Führer des Schlächterwagens, ein gewisser Dreiger, wurde in Weissensee von der Polizei, die dem Flüchtenden per Droschke nachfuhr, gefasst und verhaftet.

Auf dem städtischen Zentral-Schlachthofe sind im Monat März 1892 46 865 Schweine, gegen 44 186 im März 1891, auf Trichinen untersucht worden. Davon sind 23 Stück wegen Trichinen und 125 Stück wegen Finnen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet zurückgewiesen worden.

Folgende Berichtigung, die freilich erst sehr spät kommt, wird uns von Herrn Schanwirth Frankensfeld, Liebenwalderstr. 61, zugesandt:

In Ihrer Zeitung ist in der Ausgabe vom Sonntag, den 13. März cr. in der Rubrik „Lokales“ folgende Notiz enthalten:

„Einer empfindenden Tierquälerei haben sich ein Pferdehändler und ein Schanwirth aus der Liebenwalderstraße schuldig gemacht. Als nämlich ein Pferd des letzteren sich bei der Ausfahrt störrisch zeigte, legten sie dem Thiere einen Strick um die Zunge und zerrten so heftig daran, daß sie in einer Länge von 20 Zentimeter abriß. Das Pferd wurde dann für 30 M. an einen Hofschlächter verkauft.“

In Ihrer Ausgabe vom Dienstag, den 15. März cr., kommen Sie auf diese Notiz nochmals zurück und nennen dabei meinen Namen.

Die in Ihrem Blatte gegebene Darstellung des Falles ist eine unrichtige. Der Vorfall hat sich vielmehr folgendermaßen zugetragen:

Das betreffende Pferd, welches schon auf der Straße wild gewesen war, wurde auf dem Hofe des Besitzers, eines Pferdehändlers, insoweit einer Züchtigung plötzlich störrisch, schlug und biß während um sich und verletzte durch Ausschlagen mit den Hinterbeinen einen der Mitschaffenden des Wagens. Der Besitzer des Pferdes, der bereits abgestiegen war, sprang hinzu, weil zu besorgen war, daß das Pferd durch Durchgehen oder durch Ausschlagen weiteres Unheil anrichten würde und griff nach dem Jügel der Kandare. Hierbei sagte er außer der Kandare die herausabhängende Zunge des sich hoch aufstäumenden Pferdes, eines sogenannten „Blöfers“, d. h. eines Pferdes, das, sobald es das Gebiß im Maul hat, die Zunge herausabhängen läßt. Infolge des Umstandes, daß sich das Pferd gerade in dem Augenblicke hoch aufstäumte, als der Besitzer desselben zugriff und zwar kräftig, wie es die Umstände erforderten, riß ein Stück der Zunge ab. Es ist hiernach unrichtig, daß dem Pferde ein Strick um die Zunge gelegt ist; es liegt lediglich ein unglücklicher Zufall vor, der dem Besitzer des Pferdes erheblichen Schaden verursacht hat.“

**Polizeibericht.** Am 11. d. M. Vormittags wurde in der Spree, hinter dem Grundstück vor dem Stralauer Thor 1-2, die Leiche eines Oekonom-Handwerkers angeschwemmt. — Beim Anbringen eines Hängegerätes an der Vorderseite des Hauses Wallner-Theaterstr. 29 stürzte Mittags der Dachdecker Zimmer von einem Balken des fünften Stocks auf die Straße herab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf im St. Hedwigs-Krankenhaus verstarb. — Auf dem Hofe des Grundstücks Thurnstraße 72 wurde Nachmittags der Salofler Zimmer von einem beim Transport herabfallenden, etwa acht Zentner schweren Maschinenstück am Bein getroffen, so daß er einen doppelten Knöchelbruch erlitt. Er wurde nach dem Krankenhaus Noabit gebracht. — Vor dem Hause Greifswalderstraße 24 gerieth zu derselben Zeit ein vierjähriger Knabe unter die Räder eines Schlächterwagens und erlitt bedeutende Verletzungen im Gesicht, so daß seine Heberführung nach dem Krankenhaus am Friedricheuhain erforderlich wurde. — Abends fand vor dem Hause Straßunderstraße 63 ein Zusammenstoß zwischen einem Kollwagen und einem Geschäftszubringer statt, wobei ein fünfzehnjähriger Knabe von letzterem herabgeschleudert und am Unterkiefer schwer verletzt wurde. Er mußte nach dem Bogarus-Krankenhaus gebracht werden. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

## Theater.

**Thomas-Theater.** Montag, der 11. April brachte uns im Thomas-Theater das erste Auftreten des königlich sächsischen Hof-Schauspielers Emil von der Ohn als Gast. Gegeben wurde: „Unsere Zigeuner“, Schwank in 3 Akten von Oskar Justinus. Unter der Flosse Schwan wird heut zu Tage alle mögliche und unmögliche Waare verfrachtet. „Unsere Zigeuner“ ist ein mixtum compositum. Eine olla podrida. Es enthält Elemente aus allen Dichtungsgattungen. Als Pöffe ist es zu zahl und enthält sogar tragische Momente; als Lustspiel zu possenhast. „Otto Koide“, den der Gast darstellte, ist eine Art Goldkinder junior. Ein jugendlich liebenswürdiger Charakter, ein Naturbursche, welcher lange in der Welt herumgezogen; endlich in die Heimath zurückgeführt, giebt er sich bei seinen Verwandten für arm aus, um ihnen einen Schreck einzujagen, während er reich ist. Er verliebt sich in „Erna“, eines Kommerzienrathes Tochterlein, welche einen alten Baron heirathen soll, von welchem der am Rande des Abgrundes balancirende Herr Papa Rettung hofft. Erna liebt den saumüden „Zigeuner“ auch, aber sie wagt es nicht, dies auszusprechen. Otto hält sich für verschmäht, trotzdem ist er es, der den Sturz ihres Vaters verhindert. Am Ende löst sich dann die ganze Sache in Wohlgefallen auf. Der Vater ist gerettet und Otto bekommt die reizende Erna und wird wahrscheinlich mit ihr glücklich werden.

Was die Aufführung betrifft, so ist es zunächst der Gast, welcher und in erster Linie beschäftigt. Er führte seine Partie mit Bravour durch. Unterstützt durch eine imposante Persönlichkeit, sympathisches Organ, eine wohlthuende Natürlichkeit und künstlerisches Maßhalten, war seine Darstellung musterhaft und fand reichen Beifall. Außerdem sind lobend zu erwähnen Erna — Frä. Wagen, Frä. v. Zwiabel — Marie Cordach und Ottilie — Frä. Hock. Von den Herren: Kommerzienrath Klägeman — Wirth. Wilfert — Wolden. Bedor Hausman — Guther. Das Stück wurde vom Publikum beifällig aufgenommen und ließ zum Schlusse auch den Dichter desselben kennen lernen.

Daß zu Anfang gegebene Lustspiel: „Ein delikater Auftrag“ ist eigentlich nur eine Kaufarie, in welcher der Gast Gelegenheit fand, sich als vorzüglichem Salonschauspieler einzuführen, vortrefflich sekundiert von Frau von Chatenay — dem lebenswürdigen Frä. Frieda Wagen. R.

## Gerichts-Beifung.

Der kürzlich wegen Majestätsbeleidigung und Aufreizung zu 1 1/2 Jahren Gefängniß verurtheilte Lapezire Karl Diefel wurde gestern wiederum der 2. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen Aufreizung zum Ungehorsam zu verantworten. Am 22. September v. J. trat Diefel in einer sozialdemokratischen Versammlung, die in einem Lokale in der Gipsstraße stattfand, als Redner auf. Es war dieselbe Versammlung, in welcher Diefel sich in Schimpfworten gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Stadthagen erging und dadurch eine solche Unruhe hervorrief, daß die polizeiliche Auflösung erfolgte. Bei Beginn seiner Rede sprach Diefel über den Erfurter Parteitag. Er lenkte dann auf die heutigen Zustände über und soll u. A. gesagt haben, daß man dem Militarismus den Spottort erklären müsse, es sei besser, sich im Inlande tödlich zu lassen, wie im Auslande. Das Volk müsse sich selbst zu seinem Rechte verhelfen und die bestehenden Gesetze ein-

sach als unberechtigt ansehen. Wegen dieser Aeußerungen wurde obige Anklage erhoben. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnißstrafe von drei Monaten. Der Gerichtshof bezeichnete die den Militarismus betr. Aeußerung Wieners für so bidstimmig, daß derselben tregend ein Gewicht nicht beizulegen sei. Dagegen sei die zweite Aeußerung zweifellos aufreizender Natur und dafür das beantragte Strafmaß von 3 Monaten Gefängniß angemessen. Eine Strafhöhe, die eigentlich doch zu der Frage herausfordert, ob sie angebracht sei gegenüber einem Redner, dem die Richter in obigem Urtheil selber die Fähigkeit absprechen, die juristische Tragweite seiner Reden und die Bedeutung der Worte voll und ganz zu erfassen.

Die beiden Kellnervereine „Einigkeit“ und „Eintracht“ standen sich gestern feindlich gegenüber in einer Verhandlung, welche vor der 128. Abteilung des Schöffengerichts stattfand. Beide Vereine befaßten sich mit der Stellenvermittlung für ihre Mitglieder. Das Verhältnis der beiden Vereine, welches aus dem Gesichtspunkte der Konkurrenz schon abnehmig sein gutes war, verschlechterte sich, als der Vorsteher der „Einigkeit“, Hugo Radtke, antrat und sich der „Eintracht“ zuwandte, wodurch viele Kunden gleichfalls zu diesem Verein übergingen. Jetzt nahm der Vorstand des Vereins Einigkeit Veranlassung, gegen den früheren Vorsitzenden desselben eine Anzeige wegen Unterschlagung zu erstatten. Es wurde behauptet, daß Radtke das Vereinsvermögen der „Einigkeit“ dadurch geschädigt habe, daß er einen Betrag, den der Verein einem Rechtsanwalt für Führung eines Prozesses schuldete, zwar aus der Kasse entnommen, aber an den Rechtsanwalt nicht abgeführt habe. Außerdem soll ein Betrag von 20 M. in der Kasse gefehlt haben. Die Richtigkeit dieser Behauptungen wurde durch die Beweisaufnahme erwiesen, worauf der Staatsanwalt gegen Radtke eine Gefängnißstrafe von drei Monaten beantragte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Haase, plädirte aus juristischen Gründen für Freisprechung. Diejenigen Vereine, die nicht korporationsrechtlich besetzt, können als solche weder klagen, noch verklagt werden und auch nicht Verträge oder sonstige Rechtsgeschäfte abschließen. Folglich habe der Angeklagte, wenn er einen Rechtsanwalt Namens des Vereins mit der Führung eines Prozesses beauftragt, dies nur persönlich thun können und sei auch persönlich für die entstandenen Gebühren haftbar. Da also der Verein von dem Rechtsanwalt nicht nochmals in Anspruch genommen werden könne, sondern der letztere sich lediglich an den Angeklagten zu halten habe, so sei auch keine Verantheiligung des Vereinsvermögens entstanden und insofern könne im rechtlichen Sinne von einer Unterschlagung nicht die Rede sein. Auch wegen des Fehlbetrags der 20 M. könne der Angeklagte nicht bestraft werden, weil der Vorstand die Kasse unter Eintheilung der Entlohnung abgenommen habe.

Der Gerichtshof war zwar der Ansicht, daß die Schuld des Angeklagten sehr wahrscheinlich sei, aus den von der Verteidigung geltend gemachten rechtlichen Gründen müsse derselbe aber straffrei ausgehen.

Der große, gegen 24 Angeklagte gerichtete Diebstahl- und Hehlerei-Prozess wurde wider Erwarten noch gestern zu Ende geführt. Sämmtliche Angeklagte wurden verurtheilt. Das Strafmaß bewegte sich zwischen 6 Jahren Zuchthaus bis hinab zu einem Verweise. Die Räuberführer der Diebstahlsbande, die Arbeiter Hobermann und Jerning, wurden zu je sechs Jahren Zuchthaus verurtheilt, von den der Hehlerei Beschuldigten wurden der Handelsmann Seipelt zu 3 Jahren, dessen Gehilfe zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilt. Alle übrigen Angeklagten erhielten Gefängnißstrafen. Die Summe aller Strafen betrug 17 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 25 Jahre 6 Monate Gefängniß. Die Verhandlung dauerte bis 9 Uhr Abends.

Bestrebt der Cuitungsarten des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes hat das Reichsgericht eine Entscheidung getroffen, die den Versuch, die Karte zu Vermerken der Unternehmer zu benutzen, einen Regel vorschreibt.

Als Angestellter eines Maurermeisters hatte in Berlin ein Maurerpolitzer H. seinen Namen in die Cuitungsarten eines von dem Meister beschäftigten Maurer eingetragen und dann den Namen mit einer Marke derart überklebt, daß er nur gegen das Licht gehalten sichtbar war. Von dem zuständigen Instanzgericht war die Eintragung des Namens zwar als nach dem ungewöhnlichen Wortlaut des § 108 zitierten Gesetzes unzulässig anerkannt, gleichwohl H. indessen freigesprochen worden, weil dessen Einwand, durch die Eintragung seines Namens lediglich gegenüber wiederholten Beschwerden entlassener Maurer über ungenügende Werkeneinkaufung eine Kontrolle über die thätigliche Verwendung der Karten bezweckt zu haben, für glaubhaft und auch für durchschlagend erachtet wurde, um zu verneinen, daß H. mit dem Bewußtsein gehandelt habe, eine nach dem Gesetze unzulässige Eintragung oder einen gefehlich unzulässigen Vermerk zu machen. Das Vergehen gegen die Arbeitsgesetz-Verordnungen sei ein vorzügliches und ersorderer Wissen und Wollen einer nach dem Gesetze unzulässigen Eintragung, Voraussetzungen, welche bei H., der nicht bewusst rechtswidrig gehandelt habe, nicht z. trafen.

Der zweite Senat des Reichsgericht hat aber diese Entscheidung, monach die Freisprechung durch die Annahme gerechtfertigt ist, daß der Begriff des vorzüglichlichen Vergehens nur Handlungen umfasse, welche mit dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit vorgenommen seien, als rechtmäßig angesehen. An der Hand des in konstanter Praxis als leitend festgehaltenen Grundgedankens, daß überall, wo das Gesetz nicht die Widerrechtlichkeit der Handlung in die Begriffsmerkmale des Delikts aufgenommen oder eine besondere Willensrichtung des Thäters als Voraussetzung der Strafbarkeit bezeichnet habe, für den Thatbestand eines vorzüglichlichen Vergehens nichts darauf ankomme, ob der Thäter wisse, daß die von ihm mit Wissen und Wollen vorgenommene gefehlich mit Strafe bedrohte Handlung einem rechtlichen Verbote zuwider laufe, wird erörtert, wie das Gesetz nicht bloß die Eintragung eines Urtheils über Führung oder Leistung des Cuitungsarten-Zubehörs, sondern auch alle sonstigen, durch das Gesetz nicht vorgesehene Eintragungen oder Vermerke in die Cuitungsarten als unzulässig bezeichne und den mit Strafe bedrohe, welcher solche unzulässigen Eintragungen oder Vermerke mache. Die Absicht der gesetzgebenden Faktoren war es in der That, die weitestgehenden Vorkehrungen gegen die Möglichkeit eines Mißbrauchs der Cuitungsarten zu treffen, und demgemäß erscheinen unterschiedslos alle Eintragungen und Vermerke in der Cuitungsarten, welche nicht, sei es im Gesetze selbst, sei es in den vom Bundesrath auf Grund des Gesetzes erlassenen Kassierungsbestimmungen ausdrücklich als zulässig vorgesehen sind, strafbar. Mit dem Vorderrichter zählt hierzu das Reichsgericht auch den überklebten, also verdeckten, für den Eingeweihten aber wahrnehmbaren Vermerk.

**Tüftel, 11. April.** (Direkte Mittheilung.) Ein interessanter Gistmordprozess, auf dessen Ausgang man hier sehr gespannt ist, beschloßte eine ganze Woche hindurch das hiesige Schwurgericht. Die Anklage richtet sich gegen die verheiratete Köchel, welche beschuldigt wird, im Jahre 1886, also vor beinahe 6 Jahren, den Bruder ihres Mannes zu Strebvididen durch Gift getödet zu haben. Nicht weniger als 70 Zeugen und 3 Sachverständige sind zu vernehmen und bei der Eigenartigkeit des Falles ist die Beweisaufnahme eine außerordentlich schwierige und zeitraubende. Zahlreiche Zeugen stimmen darin überein, daß die Angeklagte mit dem Bruder ihres Mannes, dem damals 66 Jahre alten Ernst Köchel, in freiem Zwiift gelebt habe; der letztere wohnte bei ihr ein und sie hat sich häufig geäußert, daß ihr derselbe zur Last sei. Als nun Ernst Köchel

im Jahre 1886 plötzlich und ohne vorherige Krankheit verstarb, ging sofort das Gericht um, daß ihn die Angeklagte um die Gabe gebracht habe. Das Gericht schloß dann wieder ein, bis es später wieder in verstärkter Form austrat und zur Kenntniß der Behörden kam. So wurde denn im Anfang des vorigen Jahres die damals fünf Jahre in der Erde liegende Leiche ausgegraben. Es fanden sich nur noch Knochen und einige verrottete Weichtheile vor. Diefelben wurden an den Gerichtschemiker Dr. Jeserich nach Berlin geschickt, welcher bei der Untersuchung in ca. 500 gr der Leichentheile erhebliche Mengen Arsenik (0,23 gr) auffand und daraus isolirte. Außer der Angeklagten war ursprünglich auch der Ehemann derselben verhaftet worden, derselbe wurde jedoch wieder auf freiem Fuß gesetzt und der Verdacht konzentrirte sich ausschließlich auf die Angeklagte. — Daß der p. Köchel an den Symptomen einer Arsenvergiftung gestorben ist, ist zweifellos, ebenso, daß die Angeklagte zu damaliger Zeit Arsen besaß und manche verdächtige Aeußerung gethan hat. Diefelbe versuchte den in den Leichentheilen gefundenen Arsengehalt dadurch zu erklären, daß sie behauptet, der Verstorbene habe öfter auf dem hohlen Zahn Arsenik gelegt oder solches in Pulverform auf die Butterdrote gestreut. Sie sucht auch durch Zeugen zu beweisen, daß in jener Gegend öfter Arsenik gegessen werde. Die betreffenden Zeugen bestätigten dies, behaupteten sogar, daß eine Menge von etwa 0,5 bis 1 Gramm genossen zu werden pflege — eine Dosis, welche nach der Befundung der Sachverständigen abfolat tödtlich wäre. Die Angeklagte sucht den Arsengehalt in der Leiche auch durch die Behauptung zu erklären, daß derselbe von außen her in die Leiche gekommen sei. Diese Behauptung wird durch die medizinischen Sachverständigen Kreisphysikus Dr. Herrendorfer-Ragnit und Kreiswundarzt Dr. Gustine-Schmalenlingen widerlegt und Dr. Jeserich-Berlin weist nach, daß er in der Umgebung des Sarges, der Kirchhoferde, kein Arsenik gefunden habe, solches deshalb nicht von außen in die Leiche gekommen sein könne. — Als Motiv zur That wird angenommen, daß die Angeklagte den Verstorbenen, dessen Schranke sie öfters mittelst Nachschlüssels revidirt hat, habe beerben und ihn auch deshalb habe beseitigen wollen, weil derselbe, ihrer Meinung nach, ihrem guten Einvernehmen mit ihrem Ehemanne im Wege stand. — Die Verhandlung endete heute mit der Freisprechung der Angeklagten. Der Vorsitzende entließ die Geschworenen mit der Bemerkung, daß er, ohne Kritik an ihrem Spruche üben zu wollen, ihnen mittheile, daß das Urtheil des Gerichtshofes anders gelautet hätte. Das heißt wohl: keine Kritik?

## Soziale Uebersicht.

Der Streit der Lithographen und Steindruckers der Firma H. und A. Bräuning in Hanau ist beendet.

Achtung, Tischler! In der Werkstätte von Kizio in Halle haben sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt, da der ortsübliche Minimallohn nicht bezahlt wird.

Ueber 100 Arbeiter der Steinmühl-Knopffabrik Karl Beyerbusch u. Komp. in Elberfeld haben, nach einer Mittheilung der „Freien Presse“, am Sonnabend wegen abermaliger Kürzung des Lohnes die Arbeit eingestellt.

In North West Norfolk streift ein großer Theil landwirthschaftlicher Arbeiter um eine Lohnerhöhung von 12 auf 13 Mark pro Woche.

Die Kupferschmiede von Boston haben beschloffen, vom 1. Mai an nur noch 9 Stunden zu arbeiten.

Die Reorganisation der Buchdrucker-Vereinigung auf der Grundlage der Selbstständigkeit gegenüber der Polizei bezweckt der Entwurf eines Statuts, welchen der Vorstand des Unterstättungsvereins deutscher Buchdrucker in der Sonntagsnummer des „Korrespondent“ veröffentlicht. Danach wird an Stelle dieses Vereins ein Verband deutscher Buchdrucker errichtet. Die wichtigsten Paragraphen des Entwurfs lauten:

§ 1. Der Verband deutscher Buchdrucker hat zum Zwecke die Vertretung der gewerblichen Interessen seiner Mitglieder mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen.

Zur Erreichung dieses Zweckes dienen insbesondere:

- a) Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege;
- b) strenge Durchführung und Aufrechterhaltung der vom Vorstande des Verbandes als maßgebend anerkannten Bestimmungen in Bezug auf Arbeitspreise und Arbeitszeit;
- c) Pflege des geselligen Verkehrs;
- d) Errichtung von Arbeitsnachweisen;
- e) Pflege der Berufstätigkeit;
- f) Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz;
- g) Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.

Der Sitz des Verbandes ist in Berlin.

§ 2. Mitglied des Verbandes kann jeder in Deutschland beschäftigte Buchdrucker, Schriftsetzer, Stereotypen- oder Galvano-plastiker, sofern er von der Mitgliedschaft seines Konstitutionsortes als Gehilfe anerkannt ist und zu den von dem Vorstande des Verbandes anerkannten Bedingungen arbeitet.

§ 3. In gewerblichen Rechtsverhältnissen, sowie solchen, welche das Krankenkassen-, Alters- und Invaliditätsgesetz betreffen, fern in Fällen, durch welche ein Mitglied durch sein Eintreten für den Verband den Rechtsschutz bedarf, kann derselbe nach Anhörung eines juristischen Gutachtens gewährt werden.

§ 7. Eine Reise-Unterstützung kann an Mitglieder, welche dem Verbands mindestens 13 Wochen angehören und ihren Zahlungsfristen nachgekommen sind, gewährt werden.

§ 8. Arbeitslosen Mitgliedern, welche mindestens 150 Wochenbeiträge geleistet haben, kann für den Zeitraum bis zu 20 Wochen Arbeitslosen-Unterstützung gewährt werden.

§ 9. Ob und in welcher Höhe eine jede der aufgeführten Unterstützungen gewährt werden kann, entscheidet der Verbandsvorstand; derselbe kann jedoch, im Falle eine Reise- oder Arbeitslosen-Unterstützung in Frage kommt, die Entscheidung dem zuständigen Gauvorstande überlassen.

§ 10. In besonderen Nothfällen kann der Verbandsvorstand sowohl an Mitglieder als Nichtmitglieder Unterstützungen gewähren.

§ 11. Alle in den §§ 6 ff. aufgeführten Unterstützungen sind freiwillige, ein Rechtsanspruch steht keinem Mitglied auf dieselben zu.

§ 12. Der Vorstand ist ermächtigt, aus dem Vereinsvermögen an Mitglieder und Nichtmitglieder Darlehne zu gewähren.

Das erste Alinea des § 1 ist verbesserungsbedürftig; der Verband stellt sich durch die Worte: „mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“ eine Aufgabe, die er so minutiös, wie es hier vorgeschrieben, garnicht halten kann. Wenn man kurz gefaßt hätte: der Verband deutscher Buchdrucker hat zum Zweck die Vertretung der gewerblichen Interessen seiner Mitglieder, so wäre das einerseits genügend, um zu verhindern, daß er zum Versuchsfelde für politische Bestrebungen gemacht wird, die mit dem Gewerbe nichts zu thun haben, andererseits würde dadurch vermieden sein, daß sehr wichtige, auch das Gewerbe berührende Fragen im Verband nicht erörtert werden können, weil sie ihres allgemeinen Interesses halber als politische bezeichnet werden.

Der Proletarier in Licht und Bann. Die in Zwickau erscheinende deutsche Bergarbeiter-Zeitung „Glückauf!“ theilt mit, daß die Direktionen der Oelsnitz-Geisendorfer-Lugauer-



**Steinkohlen-Bergwerke unter einander einen Vertrag geschlossen haben, wonach**

1. Leute, die die vorgeschriebene Kündigung nicht innehalten und auf Wunsch entlassen werden,
2. auf einen Werte, ohne die in § 80 sub b unter 1-6 des Berggesetzes vom 16. Juni 1888 angeführten Gründe für sich zu haben, von der Arbeit wegzubleiben, oder dieselbe verlassen, ferner solche Arbeiter, die sich
3. nach Erlangung ihres Attestes resp. des Lohnrestes in so ungebührlicher und roher Weise betragen, daß ihre Aufführung durch Zusage bekannt gegeben wird, und
4. die, welche aus einem der in § 80 sub a unter 1-11 des Berggesetzes angeführten Gründe sofort entlassen werden, auf keinem der betreffenden Werke, bei Konventionalstrafe, in Arbeit genommen werden dürfen.

Die „Sachfengängerei“ scheint nach der „Reißer Presse“ dies Jahr einen sehr großen Umfang annehmen zu wollen. Alles, hauptsächlich aber junge Mädchen, laufen den umherreisenden Agenten geradezu in die Hände, um sich anwerben zu lassen. Das Blatt meint hierzu, den Spruch „Bleibe im Lande und nähre dich redlich“ schienen die Leute erst im späteren Alter beherzigen zu wollen, wo sie allerdings zu Hause blieben, um hier die Mühseligkeit in Anspruch zu nehmen, nachdem sie ihre Arbeitskräfte in der Fremde verbraucht hätten. — Wenn die Landarbeiter des Ostens durch verdächtige Arbeit bei ihren heimathlichen Grundbesitzern es zu etwas bringen könnten und im Uebrigen von denselben menschenwürdig behandelt würden, gäbe es keine Sachfengängerei. Das verschweigt natürlich die gesinnungstüchtige schlesische Ordnungspresse.

Zur Regelung der Sonntagruhe beschlossen die Stadtverordneten Kölns das von der Regierung geforderte Gutachten in dem Sinne zu erlassen, daß die gesetzlich erlaubten Arbeitsstunden an Sonn- und Feiertagen von 10-5 Uhr festgesetzt werden; als Feiertage Neujahr, Ostermontag, Ruh- und Betttag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, der zweite Weihnachtstag, Frohnleichnam und Charfreitag anzusehen sind; am Karnevalssonntag eine Beschränkung der Arbeitszeit überhaupt nicht stattfindet; an den zwei letzten Sonntagen vor Ostern und Pfingsten und den vier letzten Sonntagen vor Weihnachten, außer von 10 bis 3, auch von 8 bis 8 Uhr gearbeitet werden darf; für Apotheken keine Beschränkung eintritt, der Handel mit natürlichen Blumen, Sod- und Konditoreiwaren, Milch, Mineralwasser, Obst, Fleischwaren, Tabak und Zigarren von 10 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends gestattet wird, ferner das Fleischhaken, Milchgeschäfte auch noch von 5 bis 8 Uhr Morgens, Bäckereien von 12 Uhr Nachts bis 7 Uhr Morgens und von 9 Uhr Abends ab arbeiten dürfen, das Verbot des Haushandels mit Ausnahme des Zeitungsvorverkaufs an Eisenbahnstationen aufrecht erhalten wird, Barbieren und Friseurarbeiten in ihren Lokalen von 8 bis 8 Uhr und vom 1. Oktober bis 1. Mai von 5 bis 9 Uhr, die Bedienung der Kunden in deren Häusern unbeschränkt gestattet wird, daß Badeanstalten, Gas-, Wasser- und elektrische Beleuchtungswerke, im Sommer auch die Anstalten für Eisbereitung und Fleischfäbrik keine Unterbrechung des Betriebes erleiden, Photographen bis Dunkelwerden arbeiten dürfen, Taxikare und Gardie keine Beschränkung unterworfen sind und endlich die Verhängung der Schaufenster während der Stunden des Geschäftschlusses nicht verlangt wird.

**Zum Kapitel „Arbeitsordnungen“.** Die Aktien-Brauerei zu Schloß-Ohmenitz, eine der bestrentirenden Brauereien Sachsens, hat nach dem Chemnitzer Beobachter in ihrer am 15. März in Kraft getretenen Arbeitsordnung folgende amfante Stelle: Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit währt von 4 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends. Für den Arbeiter treten Arbeitspausen ein um 1/2 Uhr und 8 Uhr Vormittags und um 4 Uhr Nachmittags. (Die gesetzlich erforderliche Angabe über Anfang und Ende der Pausen fehlt.) Ihren Verdien wird dieser Brauerei eine mehr als achtstündige Arbeitszeit zumuthen; der Mensch muß sich ihr — eingerechnet die Pausen — täglich 16 Stunden widmen, und der christliche deutsche Staat, der in sozialpolitischen Dingen an der Spitze der Kulturnationen marschiren will, sieht dieser widernatürlichen Ausnutzung des Menschen durch den Menschen ohne Wimperzucken zu.

**Stellenvermittlung.** Das Polizeipräsidium zu Frankfurt a. M. erließ am die Dienstdoten folgende Warnung: Von einigen Stellenvermittlern werden offene Stellen für verschiedene Arten von Dienstdoten annonciert, ohne daß die Vermittler in der Lage sind, über solche Stellen zu verfügen. Es kommt diesen Stellenvermittlern darauf an, von dem Stellen suchenden Dienstpersonal die sogenannte Einschreibgebühr zu erlangen. So hat ein hiesiger Stellenvermittler in der Zeit vom 1. Januar bis 11. März d. Js. 283 Aufträge erhalten und nur 14 Stellen vermittelt. Ein anderer Stellenvermittler hat in dieser Zeit 108 solcher Aufträge erhalten und nur eine Stelle vermittelt. In Einschreibgebühr wurden jedem Dienstdoten in der Regel 3 M. abgenommen. — Die Dienstdoten wird das wenig oder gar nicht nützen. Einrichtung städtischer, unparteiisch geleiteter Arbeitsnachweise ist erforderlich.

**In Offenbach a. M.** wird am 28. Juni eine außerordentliche Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (S. 6) abgehalten.

Die Arbeiterschaft Mailands hat die Gründung einer Genossenschaftsbäckerei beschlossen. Im Falle eines Streiks in einem der bei der Genossenschaft mitbetheiligten Werke hat sich die Genossenschaft mit dem Streikkomitee wegen Lieferung von Brot an die Streikenden zu verständigen. Sie führt die achtstündige Arbeitszeit ein und darf nur Arbeiter beschäftigen, welche der italienischen Arbeiterpartei angehören.

**An die Korbmacher Deutschlands!**  
Malmö (Schweden), 10. April.  
Wir liegen seit sechs Wochen mit unseren Fabrikanten in Differenzen. Da der Lohn in den Werksstätten verschiedenes war, sahen wir uns genöthigt, auf eine einheitliche Regelung des Lohnes zu dringen. Diese unsere Forderung lehnten die Fabrikanten ab. So sahen wir uns denn genöthigt, in einen Streik einzutreten. Die Fabrikanten können hier keinen Erfolg für die Streikenden finden, sie wollen sich deshalb aus Deutschland zurückziehen. Der Fabrikant H. J. Nilsson ist dieser beisträße herüberholten. Der Fabrikant H. J. Nilsson ist dieser Tage nach Deutschland gereist, um Korbmacher anzuwerben. Wir bitten deshalb die Kollegen, sich nicht hierherlocken zu lassen. Mit dem Lohn, den wir hier verlangen, kann ein hier erst in Arbeit tretender Kollege aus Deutschland nicht auskommen, denn die Verhältnisse liegen hier in Schweden ganz anders als in Deutschland.  
Darum, Kollegen, haltet den Zug nach Malmö fern. Ferner bitten wir Euch, uns, wenn irgend möglich, auch nach recht finanziell zu unterstützen. Wir können uns, da die Korbmacher hier wenig vertreten sind, weil meist deutsche Waare verkauft wird, auf die hiesigen Kollegen nicht stützen, darum stellt uns zur Seite, wir werden bei anderer Gelegenheit gleichfalls bereit sein, unsere Schuldigkeit zu thun.  
Briefliche Anfragen, sowie Geldsendungen sind an den Kollegen G. Schütt, Hamburg, St. Pauli, Seilerstr. 23, II, zu richten.  
Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.  
Im Auftrage des Vorstandes des Korbmacher-Vereins zu Malmö in Schweden:  
A. M. Wahlström, Stodgaten 2a, bei S. Richter.

**Die Tabakarbeiter-Genossenschaft (G. G. u. b. G.) zu Hamburg** hielt am 10. und 23. März ihre Generalversammlung ab. Aus dem Bericht, den das „Hamburger Echo“ darüber giebt, dürfte folgendes von allgemeinem Interesse sein. Das offizielle Datum der Gründung der Genossenschaft ist der 18. März 1891. Beim Landgericht angemeldet waren am Schlusse des Jahres 1817 Mitglieder, welche laut § 61 des Statuts je für 100 M. haften, so daß demnach die Gesamthöhe der Passivsumme 131 700 M. betrug. Mit der Fabrikation von Zigarren wurde im Monat Mai begonnen. Die Zahl der in der Genossenschaftsfabrik beschäftigten Mitglieder ist ständig gestiegen; Ende des Jahres waren dies 157 Personen und zwar 99 Zigarrenarbeiter, 87 Sortierer, 14 Sortierer, 1 Fertigmacher, 1 Hauswirth, 3 Meister, 1 Tischler, 1 Buchhalter und 2 Vorstandsmitglieder. Der Verkauf der Genossenschaftszigarren wurde am 1. Juli eröffnet; die aus reinen amerikanischen Tabaken, bester Qualität, hergestellten Waaren der Genossenschaft errangen sich bald den Beifall des räumlichen Publikums, so daß sich der Absatz von Monat zu Monat steigerte; die Genossenschaft hat zur Zeit circa 80 Verkaufsstellen in Hamburg und Umgegend. Der Absatz nach dem Inlande ist noch nicht bedeutend, doch ist an mehreren Orten damit schon ein guter Anfang gemacht. An Zigarren wurden insgesamt angefertigt 3 493 521, verkauft 2 873 800. An Arbeitslohn wurden 58 195,78 M. verausgabt. Vorstandsmitglieder, Buchhalter und Meister erhielten ein Gehalt von 30 M. pro Woche. Nach den geführten Rechnungen verdienten die Sortierer in 1535 Arbeitstagen 8158, mithin durchschnittlich pro Tag 5,32 M., pro Woche 37,24 M. Die Zigarrenarbeiter verdienten in 13 079 Arbeitstagen 41 418 M., durchschnittlich pro Tag 3,17 M., pro Woche 22,19 M. Die Juristerrinnen erhielten 10 M., 11 und 12 M. pro Woche. Zur Verarbeitung gelangten circa 50 000 Pfund Tabak, wovon 10 000 Pfund Todeblatt. Die Geschäftsbilanz ergiebt folgende Zahlen:

Aktiva.	
Kassenbestand	2 845,83 M.
Raffinirter Bestand	7 851,70 „
Inventar	6 160,55 M.
— 33 1/2 pCt. Abschreibung	2 720,52 „
	5 440,23 „
Rohmaterial und fertige Waaren	102 248,69 „
Ausstehende Forderungen	8 446,78 „
	126 828,23 M.
Passiva.	
Geschäftsbetheile der Mitglieder	29 885,62 M.
Reservekonto	961 „
Waarenschulden	80 498,71 „
Gewinn	12 882,90 „
	126 828,23 M.

Zu dem erzielten Gewinn von 12 882,90 M. bemerkt der Geschäftsführer: „Die Genossenschaft begann die Fabrikation insofern unter besonders günstigen Umständen, als die Tabakpreise des letzten Jahres sehr niedrige waren. Die Durchschnittspreise für Blattwaare, Umblatt und Einlagetabake sind schon jetzt um ein Beträchtliches gestiegen; nach den Marktberichten sieht eine Besserung für dieses Jahr nicht zu erwarten, bei einzelnen Tabaksorten ist im Gegentheil anzunehmen, daß dieselben noch erheblich steigen werden. Um nicht zu voreiligen Schlüssen zu gelangen, ist es notwendig, diese Umstände mit in Erwägung zu ziehen. Unser Bestreben muß sein, dem Publikum auch unter ungünstigeren Verhältnissen für die nächsten Geschäftsjahre können nicht auf die abnorm günstigen Umstände des letzten Jahres gebaut werden. Der von uns aufgestellte Grundlag — absolut gute Waare zu liefern — wird uns, dessen sind wir sicher, mit der Zeit auch jene zu Freunden erwerbend, welche heute noch unsere Gegner sind. Nur durch das Festhalten an diesem Grundlag werden wir unsere Aufgabe, eine immer größere Anzahl von Berufs-genossen aus ihrer abhängigen Lage zu befreien, mehr und mehr erfüllen können.“ Nachdem auf Wunsch einiger Mitglieder mehrere geschäftliche Angelegenheiten noch besonders klar gestellt worden und der Ausschicht der Geschäfts- und Buchführung des Vorstandes als in vollständigster Ordnung erklärt wurde, wurde der Geschäfts- und Kassenbericht genehmigt und dem Vorstande Decharge erteilt. Den erzielten Gewinn beschloß die Versammlung dem Reservefonds zuzuschreiben. Ein Antrag des Vorstandes und Ausschichtsraths, bei allen Zigarrensorten, für welche ein Arbeitslohn bis zu 11 M. pro Woche gezahlt wird, eine Lohnerhöhung von 50 Pf. pro Woche einzutreten zu lassen, sowie ein weiterer Antrag, diese Lohnerhöhung auch auf die besseren Sorten auszudehnen, wurde abgelehnt. Wegen diese Anträge wurde namentlich seitens vieler in der Fabrik als Zigarrenarbeiter beschäftigter Genossen geltend gemacht, daß die von der Genossenschaft gezahlten Löhne die höchsten seien, welche am Orte gezahlt würden. Den Nutzen von der Genossenschaft solle die Allgemeinheit haben, dieselbe dürfe nicht dazu dienen, einem Theil der Kollegen, welche das Glück hätten, in der Genossenschaftsfabrik zu arbeiten, einen wesentlichen Theil des Ueberflusses der Genossenschaft zuzuwenden und den betr. Kollegen dadurch eine bevorzugte Ausnahmestellung gegenüber der Gesamtheit der Kollegen zu verschaffen. Bei einem so jungen Unternehmen sei es überhaupt gefährlich, aus Grund der ersten günstigen Bilanz gleich Lohnerhöhungen zu bewilligen. Angenommen wurden hierauf die Anträge auf Bewilligung von Monatslohn für den Kassierer, sowie von Bezahlungskosten für die Ausschichtungs-Sitzungen. Die Fortsetzung der Generalversammlung fand am 23. März statt; in derselben wurden die statutenmäßigen Wahlen vorgenommen. Zum Kassierer wurde Wilhelm Stromberg wieder gewählt. Neu gewählt wurden zu Mitgliedern des Ausschichtsraths Joh. Steffen und E. Ebermann.

**Abrechnung der Gewerkschaften Deutschlands vom 20. November 1890 bis ultimo Februar 1892.**

Einnahme.	
a) Gewerkschaftsfo. Von Vereinen und Privaten	106 504,86.
Zurückgezahlte Beträge	2100 „
An Quartalsbeiträgen	5418,39.
An Broschüren-Organisationsfrage	2099,74.
b) Raifonds. Von Vereinen und Privaten	64 776,16.
c) Verwaltungsfonds. Von Vereinen	1203,01.
d) Darlehen. An Darlehen aufgenommen	106 950 „
Summa der Einnahme	288 992,16.
Ausgabe.	
a) Für Ausstände: An die Glasarbeiter, Bergedorf	6800 „
An die Glasarbeiter, Otzenen	8000 „
An die Schuhmacher, Guxup	5490 „
An die Tabakarbeiter Hamburg und Umgegend	108 041 „
An die Tabakarbeiter (Sortierer), Hamburg	41 500 „
An die Weisgerber Kirchhain (H.-L.)	2710 „
An die Wirker, Chemnitz	300 „
An die Köpfer, Eblu-Weissen	250 „
An die Glasarbeiter, Hemsburg	150 „
An die Heizer und Trimmer, Hamburg	4100 „
An die Wirker, Thalheim	1500 „
An die Steinmeyer, Oppach	745 „
An die Vergolder, Berlin	375 „
An die Textilarbeiter, Hülshof	235 „
An die Zigarrenarbeiter, Bieschen-Dresden	500 „
An die Seiler und Aepfelschäger, Estitin	90 „
An die Buchdrucker, Wien	1000 „
An die Metallarbeiter, Gppingen	1000 „
An die Heizer und Trimmer, Bremerhaven	2000 „
An die Former, Veruburg	420 „
An die Former Siegnitz	70 „
An die Schuhmacher, Warmstedt	700 „
An die Kesselfeinerer, Hamburg	1000 „
An die Glasarbeiter, Bärth	100 „
An die Weisgerber, Berlin	650 „
An die Buchdrucker (Leineweise)	3600 „
An den Zigarrenmacherbund, Antwerpen	1000 „
Summa	192 696 „
b) Zurückgezahlte Darlehen. An Darlehen	

zurückgezahlt: 75 000 „ o) Für Agitation, Verwaltung und Verschickens. Für Agitation 680,70 „  
Projektsachen 456,70 „ Für Druckfachen 3597 „ Versand, Brief- und Straporto 1494,63 „ Gehalt des Vorsitzenden 1610 „ Unkosten des Kassiers 79,90 „ Für Vertretung des Kassiers 168 „ Sitzungen der Gesamtkommission 267,60 „ Zurückgezahlte Beiträge 3334,10 „ Wechsel-Rand 26 „ Delegation und Unkosten der Konferenz in Halberstadt (Sentr. 1881) 260,80. Delegation zum Ziegler-Louise 58 „ Unkosten der Konferenz Berlin (16. Novbr. 1890) 68,90. Reise nach London (zwei Kommissions-Mitglieder) 400 „ Bücher und Zeitungs-Abonnement zc. 75,05. Summa der Ausgabe 280 252,78 M.  
Summa der Einnahme . . . . . 288 992,16 M.  
Summa der Ausgabe . . . . . 280 252,78 „  
Kassenbestand 8 739,38 M.  
An Darlehen aufgenommen . . . . . 106 950 „ M.  
An Darlehen zurückgezahlt . . . . . 75 000 „ „  
Bleiben noch abzutragen 51 950 „ M.  
A. Dammann, Kassierer.

**Versammlungen.**

**Berliner Streik-Kontrollkommission.** Die öffentliche Versammlung der Delegirten vom 11. d. Mts. nahm den Bericht über den Streik in der chirurgischen Branche entgegen. Der Streik ist veranlaßt worden durch den Versuch des Fabrikanten Träger, die mit großer Mühe erlangte Arbeitszeit von täglich 9 Stunden um eine Stunde zu verlängern und den Lohn zu kürzen. Die streikenden Arbeiter sind organisiert. Der geschäftsführende Ausschuss der Streik-Kontrollkommission hat in Anbetracht der überaus mißlichen Geschäftslage von dem Streik abgerathen, wodurch den Streikenden vielerlei Schwierigkeiten bereitet worden sind. Der Berichterstatter forderte die nachträgliche Genehmigung des Streiks, auf jedwede Unterstützung Verzicht leistend. Sollte der Streik nicht für gerechtfertigt erachtet werden, so würden die Arbeiter der chirurgischen Branche sich ferner nicht in der Streik-Kontrollkommission vertreten lassen, da in diesem Falle, nach Ansicht des Genossen Schwäbiche, die Streik-Kontrollkommission ihren Zweck verfehlt habe. Redner gab zu, daß wenig Aussicht auf einen Sieg für die Arbeiter vorhanden sei. Haber vertheilte das Verhalten des Ausschusses mit sachlichen Bedenken und dem wirtschaftlichen Niedergange. Zu unterstützen sind sechs Mann, welche Verpflichtung die Arbeiter der chirurgischen Branche übernommen haben. Die Versammlung beschloß, den Abwehrstreik in der chirurgischen Branche für vollberechtigt anzuerkennen, von einer Abstempelung der Sammellisten aber so lange Abstand zu nehmen, bis der Streik größere Dimensionen angenommen haben sollte. Im Anschlusse hieran erfolgte die Berichterstattung über den Gewerkschaftskongress in Halberstadt seitens des Genossen Haber, und hatte die Versammlung die Frage der weiteren Gestaltung rüchlich der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses zu erwägen. Der Referent war der Meinung, daß die Berliner Streik-Kontrollkommission durch die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses betreffend die Lokalorganisationsform nicht berührt werde. Die Streik-Kontrollkommission stelle ein Gewerkschaftskomitee dar ohne Rücksicht auf die Form der Organisationen, in welchem also die Lokalorganisationsform gleichberechtigt seien. An der Erörterung der Streitfrage betreffend die Organisationsform sich zu betheiligen, liege nicht im Interesse der Streik-Kontrollkommission. Auch war der Redner der Ansicht, daß die Streik-Kontrollkommission ihre Funktionen zu erweitern habe, z. B. in Bezug auf Wahlen zum Gewerbegericht, Organisation und Statistik gemäß den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses.

„In Anbetracht dessen, daß in den größeren Industriestädten oder Zentren, das gesammte Unternehmertum aller Industrien und Gewerbe; bei Lohnbewegungen u. s. w. der Arbeiter auch nur eines Gewerbes; demselben geschlossen gegenübersteht, um die Arbeiter an der Ausübung des ihnen gewährtesten Rechts (§ 152 der R.-G.-Ord.) zu verhindern, beschließt der Kongress, den Arbeitern aller größeren Industrie-Orte aufzugeben, Gewerkschaftskomitee auf nachfolgenden Grundlagen zu bilden. Um die Erzielung der gleichmäßigen Interessen der einzelnen Gewerke eines Ortes oder Industriebezirks einheitlich zu gestalten, sind in öffentlichen Versammlungen Vertreter und Vertreterinnen aus den einzelnen Branchen zu wählen; dieselben haben alle gleichmäßigen Angelegenheiten, namentlich in Bezug auf Agitation, Streiks, Boykotts, Aussperrungen, Lokalanlagen, Wahlen zu den Gewerbegerichten zc. zu erledigen; ferner haben dieselben alle von der Generalkommission als im Interesse der allgemeinen Arbeiterschaft anerkannten Maßnahmen mit zur Durchführung zu bringen und dieselbe in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Die Gewerkschaftskomitee der einzelnen Orte oder Industriebezirke sind verpflichtet, dem nationalen Arbeiterssekretariat die Ergebnisse der Erhebungen ihres Ortes oder Bezirks periodisch mitzutheilen.“

Nach langer eingehender Debatte wurde der Ausschuss beauftragt, in der nächsten Versammlung eine entsprechende Resolution zur Abstimmung vorzulegen. Der Antrag der Schlichter, betreffend den Einkauf von Waaren, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zur Nachachtung wurde der Beschluß des sechsten Wahlvereins in Sachen der Lokalverweigerung des Lokals „Schloß Schönholz“ zum 1. Mai bekannt gegeben. Anwesend waren 40 Delegirte.

**In Rummelsburg** fand am 2. April zwecks Stellungnahme zum 1. Mai eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen in ausführlicher Weise über die Bedeutung der Feier sprach und dieselbe in entsprechend würdiger Weise zu begehen empfahl. An der Diskussion theilnahmen sich mehrere Redner im Sinne des Referenten, worauf eine Resolution einstimmig zur Annahme gelangte, in welcher man sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und mit allen Kräften dahin zu wirken versprach, daß die Raifester eine derartige wird, wie sie dem Tage entsprechend sein muß, um den Beschenden zu zeigen, daß die Arbeiter gewillt sind, die auf dem internationalen Arbeiterkongress zu Paris aufgestellte Forderung des achtstündigen Arbeitstages durchzuführen. Zum Arrangement der Feier wurden folgende Genossen als Festkomitee gewählt: Baumtade, Weigel, Währ, Philipp, Hein, Florian, Dehking. Betreffs der am 19. April stattfindenden Gemeinderaths-Stichwahl wurde betont, daß es unbedingt notwendig ist, sich recht rege an der Wahl zu betheiligen, um auch die in der Stichwahl stehenden Genossen durchzuführen. Man möge sich von keiner Seite betren lassen, sondern nur diejenigen Namen nennen, welche von den vor dem Wahllokale aufgestellten Vertrauensleuten unserer Partei mitgetheilt werden. Also nochmals, die Stichwahl findet heute, Mittwoch, den 13. April, im Schulhause von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 3 1/2 Uhr statt. Ihue jeder Genosse seine Schuldigkeit und der Sieg wird unser sein!

**Der Verein Berliner Droschkenkutscher** nahm in seiner letzten Mitglieder-Versammlung für das erste Vierteljahr 1892 den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen, nachdem die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Kollegen Gscheid, Vohs, Kührts und Gubke durch Erheben von den Mähen geehrt hatten. Nach dem Geschäftsberichte hat das Vereins- und Handbureau, Schützenstr. 58, wiederum eine umfangreiche Thätigkeit entfaltet. Es wurden 195 Protokolle aufgenommen und 583 Briefe und Korrespondenzen erledigt. An Fundfachen wur



